

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1/2
Fernsprecher: Amt F 7 Jannowitz 6191

Berlin, den 17. Dezember 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Arbeitsbeschaffung und Reichstag

Der deutsche Bürger ist in den letzten Monaten bereits daran gewöhnt worden, daß eine notorische Arbeitsunfähigkeit des Reichstags sozusagen die Regel bildete. Insofern gab es diesmal bei dieser Tagung eine große Ueberraschung. Der neue Reichstag erwies sich, wenn auch bei wechselnden Mehrheiten, insofern als arbeitsfähig, als in dieser kurzen Dezembertagung bereits verschiedene Gesetze erledigt worden sind. Dabei hat es allerdings zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten eine ganz gehörige Prügelei mit Spucknapfen, Aschbechern und Telephongerät gegeben. Das Schlachtfeld ist diesmal allerdings auf die Wandelgänge des Reichstags beschränkt worden.

Eins der wichtigsten Gesetze, das eine Verfassungsänderung bedeutet, ist das Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten durch den Reichsgerichtspräsidenten. In der Debatte darüber ließen die Deutschnationalen die Kaße aus dem Sack, indem sie, wenn auch ohne Namensnennung, den Weg zu dem Kronprinzen freimachen wollten über Hindenburgs Testament. Natürlich konnten sich auch die Kommunisten wieder nicht dazu durchringen, diesem Gesetz zuzustimmen.

Ungemein wichtig für die breiten Massen der Arbeiterschaft ist auch das Amnestiegesetz, das mit 395 Stimmen (Nationalsozialisten, Sozialdemokraten, Kommunisten) gegen 144 Stimmen (Zentrum, Bayerische Volkspartei, Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei) angenommen wurde. Es wurde also die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit erreicht. Das Zentrum stimmte nur dagegen, weil einige ihrer Teilanträge nicht angenommen wurden. Dann wurde die Abstimmung über die sozialdemokratischen Anträge vorgenommen und damit der sozialpolitische Teil der Papen-Notverordnung vom 4. September 1932 gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei aufgehoben. Leider gelang es nicht, die Forderung der Sozialdemokraten und Kommunisten durchzusetzen, nämlich die Aufhebung der gesamten Notverordnung vom 4. September 1932. Immerhin würde, falls die Schleicher-Regierung dem Beschluß des Reichstags beiträgt, das von den Sozialdemokraten beantragte Volksbegehren überflüssig werden. Mit der Aufhebung der Notverordnung vom 4. September wird auch jenem Teil der Notverordnung vom 5. September der Boden entzogen, der den Einbruch in das Tarifrecht, nämlich die zwangsweise Lohnkürzung bei Neueinstellung von Arbeitern, enthält. Der Reichstag hat sich dann in seinen weiteren Debatten u. a. auch mit dem Verkehrsstreik beschäftigt, wobei unser Kollege Reichner den Demagogen von rechts und links gehörig heimleuchtete. Der Reichstag hat endlich auch den sozialdemokratischen und andere Winterhilfe-Anträge behandelt, die in den Ausschuß

verwiesen worden sind und dort bereits zu erheblichem Teil angenommen wurden.

Dann hat sich der Reichstag auf unbestimmte Zeit vertagt.

Diese ungewohnt friedliche Haltung des Reichstags erklärt sich sicherlich nicht zuletzt durch den Riesensunk, den die Nationalsozialisten gegenwärtig unter sich auszufechten haben.

Besonders bemerkenswert erscheint uns noch jener Antrag der Sozialdemokratie, der in der Sitzung vom 9. Dezember 1932 eingebracht wurde, und folgenden Wortlaut hat:

Antrag Dr. Breitscheid und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen: folgenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:

„Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931, vom 24. August 1931, vom 6. Oktober 1931, vom 8. Dezember 1931 und vom 4. September 1932:

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats verkündet wird.

§ 1. In der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 279) wird im Zweiten Teil:

1. im Kapitel I (Gehaltskürzung) § 7 Abs. 4 und § 8 Abs. 1 gestrichen, — 2. im Kapitel IX (Sicherung der Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände als neuer § 3a folgende Vorschrift eingefügt:

„Eingriffe der Staatsaufsichtsbehörden auf Grund des § 3 dürfen sich nicht auf Personalausgaben erstrecken.“

§ 2. In der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden vom 24. August 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 452) werden

1. im Abs. 2 die Worte „Personalausgaben und andere“ und „soweit es sich nicht um Personalausgaben handelt“ gestrichen, — 2. als neuer Abs. 3 folgende Vorschrift angefügt:

„Die Maßnahmen der Landesregierungen dürfen sich nicht auf Personalausgaben der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) erstrecken.“

§ 3. In der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 537) werden im Ersten Teil, Kap. II (Gehälter und Löhne) gestrichen:

1. im Abs. II Ziff. 3 die Worte „im § 7 Abs. 4 Satz 1“ bis „nicht unter Abs. 2 fallen“, — 2. im Abs. II Ziff. 4 die Worte „§ 8 Abs. 1 enthält“ bis „im ersten und zweiten Satz bezeichnet“.

§ 4. In der Vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 699) werden im Siebenten Teil, Kap. VI (Gehaltskürzungen) § 8 und § 9 Abs. 1 gestrichen.

§ 5. In der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung der Wirtschaft vom 4. September 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 425) wird im Vierten Teil das Kapitel VI (Beurlaubungen von Angestellten oder Arbeiterbezügen bei Gemeinden und anderen Körperschaften) gestrichen.

Dieser Antrag ist zur Vorberatung dem Sozialpolitischen und Finanzpolitischen Ausschuß überwiesen worden.

Wir verweisen nunmehr auf die treffliche große Rede unseres Vorsitzenden, Kollegen Reichner, zur Arbeitsbeschaffung, die wir im Anschluß auszugsweise zum Abdruck bringen.

Auszug aus der Reichstagsrede unseres Kollegen Reißner

Nachdem der Kollege Reißner sich einleitend mit dem Nationalsozialisten Börger beschäftigt und ihn insbesondere auf seine politische Wandlungsfähigkeit als früherer Kommunist verwiesen hat, zeigt er das Treiben der deutschnationalen Fraktion auf, die es gerade gewesen ist, die den Papen-Kurs bedingungslos unterstützte.

Kollege Reißner fährt dann wörtlich fort: Es dürfte keine Meinungsverschiedenheit darüber geben, daß das

brennendste Problem der Gegenwart die Arbeitslosigkeit

ist und die Frage: Was ist zu tun, um der Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten und die arbeitslosen Menschen in Deutschland wieder in Lohn und Brot zu bringen. Die Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftsnot sind aber nicht nur wirtschaftliche und soziale Probleme. Ohne die Wirtschaftsnot wären wahrscheinlich die beiden Flügelparteien auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken im Reichstag nicht so stark vertreten. Ohne die Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftsnot hätten wir wahrscheinlich auch die Krise des Parlaments und der Regierungsbildung nicht erlebt. Ohne diese Wirtschaftsnot hätten wir bestimmt auch nicht die Notverordnungen, die das deutsche Volk und namentlich die Arbeiterklasse auf sich nehmen mußte. Die Gewerkschaften und auch die Sozialdemokratische Partei haben im Laufe der Zeit viele Vorschläge gemacht, um der Wirtschaftsnot und der Arbeitslosigkeit zu steuern. Aber diese Vorschläge sind leider in den Wind geschlagen worden. Man hat sich zu anderen Methoden entschlossen, um angeblich die Wirtschaft zu beleben. Man hat den Papen-Plan aufgestellt und die Notverordnungen vom 4. und 5. September 1932 herausgebracht. Gewiß, darüber sind wir uns alle einig, eine Belebung der deutschen Wirtschaft und ein Abflauen der Arbeitslosigkeit wäre uns allen erwünscht. Belebung der Wirtschaft, das bejahen wir unbedingt. Aber der ehemalige Reichskanzler v. Papen erwartete alles von der privatkapitalistischen Initiative, und deshalb ist bei der Aufstellung seines Planes die öffentliche Wirtschaft grundsätzlich von vornherein ausgeschlossen worden. Wir können heute ohne Übertreibung sagen,

daß der Papen-Plan gescheitert ist.

Einige Tatsachen zeigen das recht drastisch.

Redner behandelt dann die Erhebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Mehreinstellung, über die wir bereits eingehend berichtet haben. Wie man angesichts der 42 000 Mehreinstellungen von einem Erfolg der Maßnahmen des Herrn v. Papen sprechen konnte, ist schleierhaft. Besonders hart haben diejenigen Bestimmungen der Notverordnung auf die Arbeiterschaft zurückgewirkt, die sich auf die Lohnkürzungen erstrecken. Man hat auch hier einen Anreiz für Mehreinstellungen schaffen wollen, und zwar insofern, als in der Notverordnung vom 4. und 5. September 1932 bestimmt wird, daß der Lohn für die 31 bis 40. Stunde gekürzt werden kann, wenn entsprechend Mehreinstellungen erfolgen. Diese Bestimmung hat unter der deutschen Arbeiterschaft sehr starke Beunruhigung ausgelöst und auch vielfach zu Streiks geführt. Dabei ist die Maßnahme völlig unwirksam geblieben, weil erfreulicherweise eine ganze Anzahl dieser Streiks Erfolg hatten, weil sich auch zum Teil die Schlichter bei den Entscheidungen auf die Seite der Gewerkschaft stellten, und ein Teil der anständigen Unternehmer sich geschämt hat, von dieser Bestimmung der Notverordnung Gebrauch zu machen. Aber immerhin ist festzustellen, daß in 544 Betrieben auf Grund der Statistik des ADGB eine Lohnkürzung für 125 000 Beschäftigte eingetreten ist (Zuruf eines Nationalsozialisten: Unter stillschweigender Duldung eurer Gewerkschaften!) Davon, verehrter Herr Zwischenrufer, wissen Sie anscheinend gar nichts, denn sonst könnten Sie eine solche Bemerkung nicht machen.

Sie müßten wissen, daß die Gewerkschaften sich mit allen Mitteln und mit aller Kraft gegen diese Lohnabbau-maßnahmen gewehrt haben.

Im Zusammenhang damit darf ich die Aufmerksamkeit des Hauses namentlich auf

die Behandlung der Arbeiter in den öffentlichen Betrieben

lenken. Im § 1 Tit. 6 der Notverordnung vom 4. September 1932 wird namentlich der Kreis derjenigen Arbeitnehmer sehr stark erweitert, die auf Grund der Lohnkürzungsbestimmungen der Notverordnung vom 5. Juli 1931 an die Dienstbezüge der Angestellten und an die Stundenlohnbezüge der Reichsarbeiter bei der Reichs-

verwaltung angepaßt werden sollen. Halten wir uns fest: Es handelt sich hier um 16 000 männliche und 10 000 weibliche Arbeitnehmer, die bei den Reichsverwaltungen beschäftigt sind. Das Lohnniveau dieser 26 000 Personen soll nun für 550 000 Arbeitnehmer maßgebend sein, die in den Gemeinden und in anderen öffentlichen Betrieben beschäftigt sind. Es soll doch ein Grundsatz sein, daß öffentliche Betriebe, namentlich Reichs- und Staatsbetriebe, Musterbetriebe hinsichtlich der sozialen Einrichtungen und hinsichtlich der Entlohnung ihrer Arbeitnehmer sein sollen. Wie es aber bei den Reichsarbeitern aussieht, zeigt uns ein Bild, das im direkten Gegensatz zu diesem Grundsatz steht.

Die Löhne der Reichsarbeiter sind auf ein unerträglich niedriges Maß herabgedrückt worden,

bei dem nun auch die Behörden und die vorgeetzten Dienststellen der Arbeitnehmer in den Reichsbetrieben ein starkes Bedenken bekommen. Es darf daran erinnert werden, daß in einer Sitzung mit Vertretern des Reichsfinanz- und Reichswehrministeriums ganz offen zugegeben worden ist, daß die Löhne der Reichsarbeiter außerordentlich stark herabgedrückt wurden, und in einem Schreiben, das über diese Sitzung an das Ministeramt des Reichswehrministeriums gerichtet wurde, heißt es wörtlich:

„Der Vertreter des Finanzministeriums betont in erster Linie die Tarifgebundenheit der Frage der Arbeitszeit und weist nach, daß eine weitere Einkommenskürzung für die Angestellten und Arbeiter nicht mehr möglich erscheint, ohne daß die Zuverlässigkeit der Arbeitnehmererschaft und ihr Arbeitswille darunter leiden.“

Wir müssen verlangen, daß die Lohnkürzungsbestimmungen, namentlich aber die Angleichungsbestimmungen schon in den früheren Notverordnungen, die erst recht jetzt durch die Notverordnungen vom 4. und 5. September 1932 unterdrückt worden sind, für die Gemeindearbeiter aufgehoben und rückgängig gemacht werden! (Sehr wahr! bei den Soz.)

Der Redner wendet sich dann ausführlich gegen den kommunistischen Abg. Pieck und weist dabei die völlig unmotivierten Angriffe gegen die Gewerkschaften und gegen die Partei aus Anlaß des

Derkehrsarbeiterstreiks

zurück. (Hierüber haben wir in der „Gewerkschaft“ in mehreren Artikeln ausführlich berichtet.) Kollege Reißner weist in seinen weiteren Ausführungen gegen die Kommunisten u. a. noch besonders auf den blamablen Abbruch dieser Streikaktion hin. Die erste und die vornehmste Aufgabe der streikführenden Organisation müßte sein, dafür zu sorgen, daß keine Maßregelungen eintreten. Die RGÖ hat überhaupt keinen Versuch gemacht, um diese Maßregelungen zu verhindern. Kollege Reißner beschäftigt sich dabei ebenso ausführlich mit der Verräterrolle, die die Nationalsozialisten auch nach Aussage der Kommunisten im Berliner Verkehrstreik gespielt haben. Der Redner weist darauf hin, daß das Verhalten der Gewerkschaften, namentlich des Gesamt-Verbandes, beim Verkehrstreik durchaus korrekt und einwandfrei war. Das wird auch von den Berliner Verkehrsarbeitern begriffen, und es ist erfreulich,

daß der Gesamt-Verband gerade in der letzten Zeit unter den Verkehrsarbeitern zahlreiche Aufnahmen machen konnte.

Scharf wendet sich Kollege Reißner dann gegen die völlig verfehlte Aufstellung des Papen-Plans,

der eine Zerstörung der Kaufkraft der Massen im Gefolge haben muß und die Abnahmefähigkeiten ganz stark einengt. Die Lohnsenkung auf Grund der Notverordnung vom 4. September und der Unterstützungsabbau auf Grund der Notverordnung vom 14. Juni 1932 haben von vornherein jede Wirtschaftsbelebung zerstört. Dazu kommt, daß die Drosselung der Ausfuhr durch die Kontingentierungsmaßnahmen des Kabinetts Papen erfolgt ist. Da diese Autarkiepläne gerade von der äußersten Rechten immer gefördert und unterstützt worden sind, ist selbstverständlich, daß das Echo auf solche Drosselung der Einfuhr nach Deutschland nicht gerade freundlich ist, sondern daß man mit ähnlichen Maßnahmen antwortet. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter in der Exportindustrie ist von fünf Millionen auf zwei bis drei Millionen gesunken.

Die Sozialdemokratische Partei stellt diesem gescheiterten Papen-Plan einen konstruktiven Wirtschaftsplan gegenüber. Wenn ich zur Begründung dieses

Arbeitsbeschaffungsprogramms,

das die Sozialdemokratie in ihrem Gesetzentwurf vorgelegt hat, einiges sagen darf, so weise ich darauf hin, daß dieses Programm auf zwei Grundgedanken aufgebaut ist, die sich in folgenden Sätzen zusammenfassen lassen:

Erstens: Wir wollen, daß nicht den Unternehmern Geschenke zum Anreiz der privaten Initiative gemacht werden, sondern daß die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Initiative erfolgt. Wir wollen statt planloser Subventionswirtschaft planmäßige öffentliche Arbeitsbeschaffung.

Zweitens verlangen wir nicht Zerstörung, sondern Stärkung der Massenkaufkraft, d. h. Schluß mit dem Lohnabbau ein für allemal und Aufbau der Löhne und Gehälter (Zuruf bei den Kommunisten und Nationalsozialisten). Ja, ich weiß, daß ich bei der kommunistischen Fraktion auf taube Ohren stoße. Damit finden wir uns ab, da wir Ihnen überhaupt nichts recht machen können. —

Don den öffentlichen Arbeiten, die die sozialistische Fraktion vorschlägt und die in unserem Programm enthalten sind, haben besondere Bedeutung der Kleinwohnungsbau und die Gemeindefarbeiten. Es ist ja in letzter Zeit vielfach behauptet worden, daß wir keinen Mangel an Wohnungen hätten. Es soll nicht bestritten werden, daß namentlich in Großstädten viele leerstehende große Wohnungen vorhanden sind. Aber es ist eine arge Täuschung, wenn angenommen wird, daß die Wohnungsnot behoben sei. Man braucht sich ja nur in Berlin umzuschauen, um zu erkennen, unter welchen armeneligen Wohnverhältnissen hier Tausende von Arbeiterfamilien leben müssen. Es steht fest, daß in den nächsten zehn Jahren ein jährlicher Neubedarf an Wohnungen von mindestens 200 000 in Frage kommt. In diesem Jahre werden aber nur noch 100 000 Wohnungen gebaut und wenn kein großzügiges Kleinwohnungsbauprogramm durchgeführt wird, haben wir in wenigen Jahren dieselbe Wohnungsnot, die wir am Ende der Inflation in Deutschland hatten.

Was nun die Gemeindefarbeiten betrifft, so ist es allgemein bekannt, daß die Finanznot der Gemeinden es ihnen unmöglich macht, auch nur die dringendsten Reparaturarbeiten ausführen zu lassen, wobei besonders die öffentlichen Gebäude, Straßen, Brücken usw. in Frage kämen. Wenn diese notwendigen Instandsetzungen nicht gemacht werden, dann besteht die große Gefahr, daß ein Milliardenbetrag des deutschen Volksvermögens zugrunde geht. Wir verlangen, daß auch

das Reich nach Möglichkeit zur Mithilfe herangezogen wird und dafür sorgt, daß den Gemeinden Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die notwendigen Arbeiten durchzuführen und damit Lohn und Brot für die Tausende von Arbeitslosen schaffen zu können. Ferner sollte nach Möglichkeit dafür gesorgt werden, daß der Arbeitsbeschaffungsplan Dr. Lederers, der vorsieht, daß

Arbeitslosen die Möglichkeit gegeben werden soll, in leerstehenden Fabriken und Werkstätten für sich und ihre Leidensgenossen den eigenen Bedarf herzustellen, zur Durchführung gebracht werden kann. Allerdings wird hier eine zentrale Durchführung nicht möglich sein, vielmehr ist es vorwiegend Aufgabe der Gemeinden, hier das Notwendige zu veranlassen. Die

Schulungsmaßnahmen für die Arbeitslosen

durch die Gemeinden vorzunehmen, ist eine weitere wichtige Aufgabe. Die Finanzierung des Plans kann zum Teil durch Steuergutscheine erfolgen, die nicht von uns, aber von den deutschen Unternehmern und gewissen politischen Kreisen bearbeitet worden sind. Sie haben vielleicht den Vorteil, daß sie sofort greifbare Mittel für die Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stellen können. Wir sind der Meinung, daß diese Steuergutscheine, in größerem Umfange angewandt, auch gewisse Gefahren in sich bergen. Deshalb vertreten wir den Standpunkt, daß sie nur zur Zwischenfinanzierung der öffentlichen Arbeitsbeschaffung Verwendung finden können. Wir verlangen in unserem Antrag

eine Milliarde Reichsmark zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung,

die aus Anleihemitteln aufgebracht werden soll. Zu diesem Zwecke fordern wir die Auflegung einer Prämienanleihe für Arbeitsbeschaffung. Wenn dieser Betrag nicht in vollem Umfange einkommt, fordern wir, daß der Rest durch Zwangsanleihe aufgebracht wird. Außerdem sollen ja 700 Millionen Reichsmark zur Verfügung stehen, die von den Einstellungsprämien genommen werden können zur Vorfinanzierung dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms. Öffentliche Arbeitsbeschaffung und gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit allein genügen nicht zur Ueberwindung der riesengroßen Wirtschaftsnot und der Arbeitslosigkeit. Es ist erforderlich, daß die ganze Wirtschaftspolitik vornehmlich nach zwei Grundfragen umgestellt wird: Es muß einmal dafür gesorgt werden, daß nicht eine Zerstörung, sondern eine Stärkung der Massenkaufkraft eintritt und zweitens, daß unsere Ausfuhr nicht erdrosselt wird, sondern alles zur Förderung der deutschen Ausfuhr geschieht. (Zwischenruf des kommunistischen Abg. Dieck: Wie stehen Sie zu Leipart?) Herr Dieck, ich muß schon sagen, wenn ich auf die blühende Phantastie, die Sie in bezug auf unseren Genossen Leipart entwickelt haben, eingehen wollte, dann würde ich diesem Unsinn, den Sie hier vorgetragen haben, viel zu viel Ehre antun. — Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich an die Rundfunkrede erinnern, die Herr von Papen am 4. September 1932 bei Herausgabe der Notverordnung gehalten hat. Im Verlaufe dieser Rundfunkrede hat er gesagt: Mißlänge der Plan der Reichsregierung, über die Privatwirtschaft den Organismus der deutschen Wirtschaft wieder zu beleben, dann ist das freie Unternehmertum ver-

loren, dann werden jene Kräfte die Oberhand gewinnen, welche den Gesamtbereich der Wirtschaft der staatlichen Regelung unterwerfen wollen. Das klingt außerordentlich pessimistisch und sieht beinahe so aus, als ob man auch von dieser Stelle aus der Privatwirtschaft das Totenglocklein läuten wollte. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß die soziale Not, die große Arbeitslosigkeit nicht endgültig gebannt werden kann, wenn es nicht gellingt einen völligen Umbau der privatkapitalistischen Wirtschaft durchzuführen. Deshalb sind wir Sozialdemokraten Gegner der kapitalistischen Offensive, deren sichtbarster Exponent der Papen-Plan ist, und wir wollen den schaffenden deutschen Volksmassen im Lande als Führer vorgehen im Kampf

für den Umbau der Wirtschaft im sozialistischen Sinne.

Wanderungen nach Oesterreich. Vom Vorstand des Bundes der freien Gewerkschaften Oesterreichs erhielt der ADGB. folgendes Schreiben:

„Von unseren Landessekretariaten in Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg bekommen wir in letzter Zeit Nachrichten, daß die Zuwanderung von reichsdeutschen wanderlustigen Gewerkschaftsmitgliedern solche Dimensionen annimmt, daß die einzelnen Landessekretariate nicht mehr in der Lage sind, die üblichen Durchreiseunterstützungen zu bezahlen. So teilt uns das Klagenfurter Sekretariat mit, daß es im vergangenen Jahre nicht weniger als 6000 Schilling an reichsdeutsche Wanderer ausbezahlt hat, wodurch die finanziellen Mittel für die Unterstützung der einheimischen Arbeitslosen wesentlich geschmälert wurden. Wir haben bisher uns dagegen gestäubt, die Unterstützungen an unsere deutschen Kameraden zu streichen, da aber unsere eigenen Mittel in den Ländern zusehends zusammenschmelzen, sind wir gezwungen, Droßelungen vorzunehmen. Vielleicht könnte dem Zuzug nach Oesterreich einigermassen Einhalt geboten werden, wenn unsere reichsdeutschen Bruderorganisationen in ihren Geschäftsleitern vor dem Zuzug nach Oesterreich abraten würden, weil hier doch keine Arbeit zu finden ist. Wir müssen es selbstverständlich euch überlassen, ob ihr eine solche Warnung erlassen wollt oder nicht. Jedenfalls haben wir keine Mittel zur Verfügung, um unsere Landessekretariate in den vorbezeichneten Ländern in die Lage zu versetzen, die Reiseunterstützungen so wie bisher weiter zu bezahlen.“

Mit der Bekanntgabe dieses Schreibens des Oesterreichischen Gewerkschaftsbundes wollen wir unsere Mitglieder nicht von der Wanderung nach Oesterreich abhalten, sie werden aber verstehen, daß sie von den österreichischen Gewerkschaften keine Reiseunterstützung mehr erhalten können.

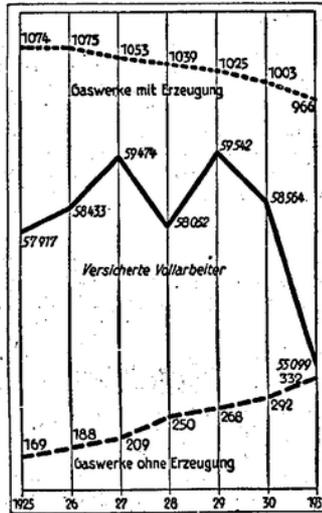
Unfallversicherung im Zeichen der Notverordnungen

Zum Bericht der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke

II. (Schluß.)

Der Verwaltungsbericht der BG. Gas und Wasser, dessen wichtigste Zahlen bereits in Nr. 47 der „Gewerkschaft“ wiedergegeben sind, zeigt zunächst einige interessante Tatsachen, die mit den Unfällen nicht in direktem Zusammenhang stehen. Die Zahl der versicherten Gaswerke mit Eigenerzeugung hat sich von 1074 im Jahre 1925 auf 966 im Jahre 1931 vermindert; dagegen ist die Zahl der versicherten Gaswerke ohne eigene Gaszerzeugung gestiegen von 169 im Jahre 1925 auf 352 im Jahre 1931. Die Gesamtzahl der versicherten Gaswerke betrug demnach 1925 1243 und 1931 1298; sie ist also etwas angestiegen. Diese Zahlen spiegeln die Auswirkung der Ferngasversorgung und insbesondere der Gruppengasversorgung wider, die in dem letzten Jahrzehnt stark an Ausdehnung gewonnen haben. Die Folge beider Arten der Konzentration der Gaszerzeugung ist eben die Stilllegung zahlreicher Gaswerke gewesen. Im Einklang mit dieser Entwicklung steht auch die Verminderung in der Zahl der versicherten Vollarbeiter. Diese belief sich 1925 auf 57 917 versicherte Vollarbeiter, dagegen 1931 auf 55 099 versicherte Vollarbeiter. Dieser Rückgang in der Beschäftigtenzahl ist zweifellos nicht nur auf immer schärfere Rationalisierung und auf den Rückgang des Gasverbrauchs zurückzuführen, sondern zu einem Teil auch auf die Stilllegung von Gaszerzeugungsanlagen. Die graphische Darstellung (Abb. 1) macht die Entwicklung besonders deutlich. Ganz anders als bei den Gaswerken haben sich in den letzten Jahren die Verhältnisse bei den Wasserwerken entwickelt. Die Zahl der Wasserwerke mit Motoren ist gestiegen von 2558 im Jahre 1928 auf 3282 im Jahre 1931. Innerhalb von vier Jahren hat sich demnach die Zahl der Werke um 28 Proz. vermehrt. Auch in der Zahl der Wasserwerke ohne Motore ist in dem gleichen Zeitraum ein Ansteigen der Zahl von etwa einem Drittel zu verzeichnen. Die Wasserversorgung hat also in den letzten Jahren eine ganz erhebliche Ausdehnung erfahren. Im Gegensatz dazu hat die Zahl der Beschäftigten, wie die graphische Darstellung (Abb. 2) zeigt, erheblich abgenommen, eine Tatsache, die auf die außerordentlich weit vorgeschrittene Rationalisierung der Wasserwerke (vollautomatische Pumpwerke usw.) zurückzuführen ist.

Zahl der versicherten Gaswerke und Vollarbeiter 1925 bis 1931 nach der Statistik der BG. Gas- und Wasserwerke (Abb. 1).



zogen. In nicht weniger als 1025 dieser Betriebe waren Mängel oder Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften festzustellen. Geradezu unglaublich muß es erscheinen, daß nur 854 Betriebe diese Mängel bis zum Schluß des Jahres 1931 abstellten, während 171 Betriebe hierin rückständig blieben. 20 Betriebe sind sogar mit der Beseitigung von Mängeln aus den Jahren 1928 bis 1932 rückständig! Wir müssen verlangen, daß hier von der Berufsgenossenschaft und den Aufsichtsbehörden endlich einmal mit allem Nachdruck durchgegriffen wird.

Unter den im Bericht der BG. näher geschilderten schweren Unfällen hat uns ein tödlicher Unfall, der sich im Gaswerk Neudamm zugetragen hat, besonders beschäftigt. Die BG. berichtet hierüber folgendes:

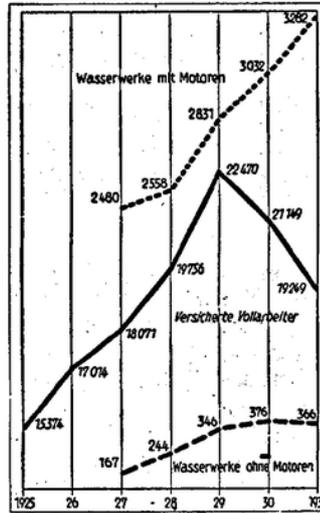
„In einem Gaswerk ist der Generator zusammen mit dem Dampfkeffel im Nebenraum des Ofenhauses untergebracht. An einem Morgen wurde der Bedienungsmann tot auf der Generatorbühne mit dem Kopf an dem Beschädigungsloch vorgefunden. Der Generator war etwa halb gefüllt, der auf der Beschädigungsöffnung liegende Koksorb halb entleert. Wahrscheinlich ist der Verunglückte, der an und für sich schwächlich war und gerade eine Grippeerkrankung überstanden hatte, ohnmächtig geworden und so unglücklich gefallen, daß er mit dem Kopf über dem Beschädigungsloch liegend eine schwere Verbrennung am Kopf erlitt, an der er starb.“

Soweit der Bericht der Berufsgenossenschaft. Wir wollen die Frage, wie der Unfall sich zugetragen hat, hier nicht näher erörtern; dagegen muß festgestellt werden, daß der verunglückte Arbeiter während der Nachtschicht als einziger im Gaswerk tätig war, und daß der Unfall nach menschlichem Ermessen nicht zum Tode geführt hätte, wenn ein zweiter Kollege vorhanden gewesen wäre, der rechtzeitig hätte helfend eingreifen können.

Wir haben diesen Unfall in Neudamm zum Anlaß genommen, eine Rundfrage darüber zu veranstalten, wie weit der Ein-Mann-Dienst in Gas- und Wasserwerken durchgeführt worden ist. Dabei ergab sich, daß nur ein Mann allein ohne Anwesenheit einer zweiten Person im ganzen Betrieb oder in einem Teil des Betriebes beschäftigt wird bei den Gaswerken in 120 Betrieben, bei den Wasserwerken in 33 Betrieben. Nur in drei von den gezählten Gaswerken ist eine Kontrolle vorgesehen; in allen übrigen Fällen ist der betreffende Kollege, der Schicht hat, vollkommen auf sich allein angewiesen. Wir haben der Berufsgenossenschaft und den Aufsichtsbehörden gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß dieses Verfahren den einfachsten Regeln der Unfallverhütung widerspricht und um Prüfung der Frage erucht, ob der Ein-Mann-Dienst länger durchgeführt werden darf. Bedauerlicherweise hat die BG. es ablehnt, gegen den Ein-Mann-Dienst Stellung zu nehmen, da Doppelbesetzung der Schichten gerade für kleinere Betriebe eine untragbare Mehrbelastung bedeute. Wir halten diese Stellungnahme der BG. nicht für tragbar, sondern sind der Auffassung, daß in erster Linie an den Menschen gedacht werden muß und nicht an den Geldsack.

„In einem Gaswerk ist der Generator zusammen mit dem Dampfkeffel im Nebenraum des Ofenhauses untergebracht. An einem Morgen wurde der Bedienungsmann tot auf der Generatorbühne mit dem Kopf an dem Beschädigungsloch vorgefunden. Der Generator war etwa halb gefüllt, der auf der Beschädigungsöffnung liegende Koksorb halb entleert. Wahrscheinlich ist der Verunglückte, der an und für sich schwächlich war und gerade eine Grippeerkrankung überstanden hatte, ohnmächtig geworden und so unglücklich gefallen, daß er mit dem Kopf über dem Beschädigungsloch liegend eine schwere Verbrennung am Kopf erlitt, an der er starb.“

Zahl der versicherten Wasserwerke und Vollarbeiter 1925 bis 1931 nach der Statistik der BG. Gas- und Wasserwerke (Abb. 2).



Erfreulicherweise haben sich im Jahre 1931 die Unfälle in den Gas- und Wasserwerken, und zwar sowohl die gemeldeten als auch die entschädigungspflichtigen, wesentlich vermindert. Die Zahl der tödlichen Unfälle ist von 19 im Jahre 1930 auf 11 im Jahre 1931 zurückgegangen. Wie die Entwicklung der Unfallzahlen seit 1925 im einzelnen verlaufen ist, zeigt die untenstehende Tabelle.

Auch die verringerten Unfallzahlen für das Jahr 1931 sind jedoch noch keineswegs befriedigend. Außerordentlich viel ist auf dem Gebiet der Unfallverhütung in den Gas- und Wasserwerken noch zu tun. Das zeigt auch der Bericht der Berufsgenossenschaft über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften. 1347 Betriebe wurden einer Revision durch die Vertrauensmänner unter-

Jahr	Zahl d. versicherten Vollarbeiter			Zahl d. versichert. Betriebe			Zahl d. gemeldeten Unfälle				Zahl d. entschädigungspflicht. Unfälle				Tödl. Unfälle	Zahl d. gemeldeten Berufskrankheiten	Zahl d. entschädigten Berufskrankheiten
	insgesamt	in Gaswerken	in Wasserwerken	insgesamt	Gaswerke mit Erzeugung	Wasserwerke mit Motoren	insgesamt	in Gaswerken	in Wasserwerken	auf 1000 Vollarbeiter, Durchschn.	insgesamt	in Gaswerken	in Wasserwerken	auf 1000 Vollarbeiter, Durchschn.			
1925	76 994	57 917	15 374	3 640	1 074	2 216	6 568	5 008	916	85,32	474	356	64	6,16	45	7	—
1926	79 815	58 433	17 014	3 710	1 075	2 286	7 802	5 691	1 245	97,75	478	358	64	5,99	53	22	—
1927	82 397	59 474	18 071	3 909	1 053	2 489	8 923	6 229	1 563	108,29	404	292	59	4,90	41	12	—
1928	82 700	58 052	19 756	4 267	1 039	2 558	9 650	6 614	1 850	116,69	401	285	60	4,85	45	18	—
1929	95 688	59 542	22 470	4 665	1 025	2 831	11 018	7 413	2 307	115,14	409	268	89	4,27	48	261	12
1930	92 469	58 564	21 149	4 917	1 003	3 032	8 668	5 907	1 660	93,74	427	262	109	4,61	55	184	19
1931	86 931	55 099	19 249	5 180	966	3 222	7 247	5 045	1 322	83,36	350	239	65	4,02	36	170	11

Eine weitere Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften haben wir für die Wasserwerke gefordert. In zahlreichen Wasserwerken wird bei der Entfäuerung des Wassers Kalziumhydratmehl verwandt. Bei der mangelhaften Einrichtung zahlreicher Entfäuerungsanlagen ist dabei eine Entwicklung von Kalkstaub nicht zu vermeiden, die bei den hiermit beschäftigten Arbeitern Gesundheitschäden zur Folge hat. Auf unsere Forderung nach der Durchführung von Schutzmaßnahmen hin, hat die BG. der Gas- und Wasserwerke über diese Frage das Gutachten einer objektiven Stelle, nämlich der Preussischen Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene eingeholt. Dieses Gutachten bestätigt die Bedeutung unserer Forderungen im vollsten Umfange. Es kommt zu der Feststellung,

„daß es im gesundheitlichen Interesse der mit der Aufbereitung von Kalkmehl beschäftigten Personen nicht angängig ist, Entfäuerungsanlagen ohne Entstaubung zu betreiben, zumal der Einbau einer Entstaubungsanlage für die Wasserwerke wirtschaftlich durchaus tragbar erscheint“.

Leider hat die Berufsgenossenschaft aus diesem Gutachten der Landesanstalt nicht die erforderlichen Folgerungen gezogen; sie beharrt vielmehr auf ihrem mehr oder weniger ablehnenden Standpunkt und erklärt:

Ob man aber mit Rücksicht darauf, daß ähnliche Verwendung von Kalziumhydratmehl auch in kleineren Werken stattfindet, im allgemeinen den Einbau größerer Entfäuerungsanlagen bzw. besonderer Vorrichtungen zum Ausschneiden der Kalkfäde vorschreiben soll, das erscheint uns in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage dieser Werke doch wohl für zu weitgehend. Wir glauben jedoch, daß damit Genüge geleistet ist, wenn seitens der Werke dafür Sorge getragen wird, daß durch gründliches Waschen und nachfolgendes Einreiben der Hände mit einer guten Vaseline schwerfällige Hautausschläge nach Möglichkeit vermieden werden. Selbstverständlich sind Arbeiter, welche besonders zu solchen Hautaffektionen disponiert sind, in derartigen Betrieben nicht zu beschäftigen.“

Wir erheben an dieser Stelle erneut die Forderung, daß die von wissenschaftlichen Sachbearbeitern als notwendig und wirtschaftlich tragbar bezeichneten Schutzmaßnahmen in den Entfäuerungsanlagen der Wasserwerke durch Aufnahme in die Unfallverhütungsvorschriften durchgeführt werden.

Im übrigen zeigt auch dieses Beispiel wieder, daß für die BG. Gas- und Wasserwerke auf dem Gebiet der Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten noch mancherlei Wichtiges zu tun ist. Es bestätigt weiter, daß die Mitwirkung der Arbeiterschaft und der Arbeiterorganisationen bei den Unfallverhütungsmaßnahmen geradezu unentbehrlich ist. Möge die Berufsgenossenschaft auch hieraus für ihre grundsätzliche Einstellung endlich die Konsequenzen ziehen!

K. Hauffe.

Klagges vergibt staatliche Delausbeutung an Engländer

Wie wir der Magdeburger Volksstimme entnehmen, hat der „Führer“ der Nazifraktion des Preussischen Landtags K u b e im Landtag einen Antrag eingebracht, in dem es u. a. heißt:

„Die in der Nähe von Königsutter arbeitende hundertprozentige englische Gesellschaft Anglo-Persian Oil Co. Elm-Erdöl-G. m. b. H., Hannover, Brühlstr. 2, die zufolge der Verteilung des Aktienbesitzes der Anglo-Persian Oil Co. zu 80 Proz. Staatsunternehmen ist, bezog ihre Bohranlage im Werte von mehreren hunderttausend Mark aus Rumänien, trotzdem wir in Deutschland mehrere große Werke besitzen, die derartige Anlagen in gleich guter Ausführung liefern können, wie das Ausland dies vermag. — Dieselbe Gesellschaft ließ sich zur Leitung eines Bohrbetriebes den aus Bietig-Biala stammenden Betriebsleiter Espenhahn aus Rumänien kommen, trotzdem gleichzeitig deutsche Staatsbürger für diesen Posten in genügender Anzahl zur Verfügung standen, deren Bewerbungsgesuche abgelehnt wurden.“

Es wird dann u. a. beantragt:

„Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht 1. eine Einfuhrsperre über solches Bohrmaterial zu verhängen, das in gleichwertigen Ausführungen in Deutschland selbst hergestellt werden kann; — 2. durch Gesetz die Anstellung von Ausländern oder aus dem Auslande herbeigezogenen Arbeitskräften jeder Art in der Erdölindustrie zu unterbinden; — 3. die in Deutschland arbeitenden ausländischen oder unter ausländischem Einfluß stehenden Gesellschaften der Erdölindustrie zu zwingen, den nichtdeutschen Angestellten innerhalb einer kurzen Schonfrist zu kündigen.“

Dieser Antrag, der ein Agitationsstücker für die Nazis sein sollte, ist für sie eine Riesenblamage. Die hier in Frage kommenden Erdölgruben liegen nämlich in Braunschweig und nicht in Preußen. Der Antrag hätte also an den Nazi-Pg. Klagges gerichtet werden müssen, der in Braunschweig das Zepter schwingt. Aber eine andere ernste politische Angelegenheit hat die Sache. Es besteht im Lande Braunschweig ein aus dem Jahre 1917 stammendes Gesetz, wodurch sämtliche Ölvorkommen unter der Erde als Staatseigentum erklärt wurden. Der Staat Braunschweig hat nun das Eigentumsrecht an sämtlichen eventuellen Ölvorkommen in diesem Freistaat der Braunschweig-G.m.b.H. übertragen. Das ist eine vom Freistaat Braunschweig gegründete Gesellschaft, deren Anteile sich zu 100 Prozent im Besitz des Staates befinden. Gesellschafter dieser Braunschweig-G.m.b.H. sind die Mitglieder des Braunschweigischen Staatsministeriums, also die Herren Klagges und Küchenthal. Diese Braunschweig-G.m.b.H., also rein praktisch gesehen, eine staatliche Einrichtung, die nichts ohne Genehmigung und Einverständnis des Ministeriums tun kann, hat nun der Anglo-Persian Oil Co. Elm-Erdöl-G. m. b. H. das Schürfrecht für Ölvorkommen im Reifingstal erteilt. Mit andern Worten heißt das, die Nationalsozialisten, die gegen das internationale und besonders das jüdische Kapital ankämpfen, haben in Braunschweig einer ausländischen Ölgesellschaft, an deren Spitze Juden stehen, eine Konzession gegeben. Eine doppelte Blamage der Nazis. Gegen die Verhöhnung staatlichen Eigentums, ob an Juden oder Nichtjuden, aber erheben wir Protest.

Gute Bücher als Weihnachtsgeschenke

Weihnachten steht wieder vor der Tür und die Frage, wie beglücke ich meine Familienangehörigen oder andere liebe Menschen mit einer Weihnachtsfreude, ist wieder akut. Da kann ein gutes Buch als passendes Weihnachtsgeschenk immer empfohlen werden, denn es bringt dem Leser Belehrung und Bildung, es löst bei ihm Freude und Kurzweil aus und hilft ihm so (besonders in dieser Zeit der schweren Not) über manche seelisch-trübe Stunde hinweg, richtet den Niederbeugten wieder auf und belebt ihn mit neuem Mut. Ganz besonders sind es gute Romane, die in dieser Weise wirken. Auf dem Büchermarkt erscheint aber neben guten Werken auch viel Klitsch und Schund, und ohne sachkundige Beratung ist es nicht möglich, auf bloßen Hin- und Einblick auf und in das Buch festzustellen, welchen literarischen Wert es hat. Der noch so gute Einband gibt keine Gewähr für guten Inhalt. Immerhin bestehen Buchgemeinschaften und Buchverlage, die nur gute Arbeiterliteratur herausbringen, und denen man ohne weiteres vertrauen kann. Da sind in erster Linie zu nennen: die „Büchergilde Gutenberg“ und „Der Bücherkreis“. Beide lassen in regelmäßigen Abständen (meistens alle Vierteljahre zwei) neue Bücher erscheinen, die zu einem geringeren Preise für ihre Mitglieder (2,70 Mk.), zu einem höheren für Nichtmitglieder (4,30 Mk.) abgegeben werden. An Neuerscheinungen der letzten Zeit hat die Büchergilde Gutenberg zu verzeichnen:

1. Den von dem Schweizer Erzähler John K Mittel ver-

faßten Roman „Therese Etienne“, der als ein Meisterwerk in der deutsch-schweizerischen Romanliteratur gilt. Die Natur des Berner Oberlandes steht in ihrer ganzen gewaltigen Schönheit als Hintergrund vor dem Geschehen, das sich in diesem Roman abspielt. Bauern, Bürger, Landarbeiter, Mägde, kleine Beamte, Aerzte, sie alle sind typisch schweizerisch in ihrem Aeußern und in allem, was sie tun. So geschieht es, daß die schweizerische Natur zusammenklingt mit der menschlichen Natur dieser Romangestalten. Im übrigen spielt sich hier das tragische Geschick so mancher Ehe ab, wo der Mann viel älter als die junge Frau ist und es zu einem Liebesverhältnis zwischen dieser und ihrem gleichaltrigen Stiefsohn kommt. Der Alte wird beiseite geschafft. Nach schweren Kerkerjahren ziehen sich die beiden jungen Leute in ein einsames Dorf in der Bergwilbnis zurück.

2. Der Roman „Die Scholle“ (Preis 1,60 Mk.) nur für Mitglieder) gehört zu den Werken Vicente Blasco Ibanez, die den Weltruhm des spanischen Schriftstellers begründet haben. Ibanez, der in seinen Romanen stets einen Ausschnitt aus dem Leben des spanischen Volkes gibt, hat hier den jahrhundertalten Kampf um die Scholle zum Gegenstand genommen. Wir lernen das Dasein des spanischen Bauern und Landproletariats kennen und begreifen ihren Haß gegen ihre Ausbeuter, diesen Haß, der eine der Ursachen der sozialen Umwälzung im heutigen Spanien ist. „Die Scholle“ gehört wohl zu den gelesenen Romanen der neuen Literatur. Seine europäische Auflage beträgt bereits über zwei Millionen.

3. „Das Wort der Männer“ enthält Erzählungen aus Alaska

Die Arbeitszeitfrage in den Reichs- und Staatsbetrieben

Die jüngst durch die gesamte deutsche Presse gelaufenen Notizen, die sich mit der Arbeitszeitverkürzung in den Reichs- und Staatsbetrieben, haben begreiflicherweise bei den Belegschaften der Reichs- und Staatsbetriebe und -verwaltungen erhebliche Aufregung verursacht. Schon im Laufe des Sommers wurden im Reichsarbeitsministerium mehrfach Verhandlungen geführt und auch am 26. Juli hat man sich im Reichsfinanzministerium mit der Frage beschäftigt. Von dieser Sitzung ist von den Vertretern des Reichswehrministeriums eine Abschrift des Protokolls dem Ministeramt dieses Ministeriums zugeleitet worden, in dem wörtlich gesagt wird, daß der Nutzeffekt, den die Einführung der 40-Stunden-Woche beim Heer haben würde, aus den verschiedensten Gründen sehr gering sein würde, zumal bereits eine größere Anzahl von Betrieben heute schon verkürzt arbeiten müsse. Es wird dann in diesem Protokoll noch weiter zum Ausdruck gebracht, daß eine Einkommens kürzung durch Herabsetzung der Arbeitszeit nicht mehr möglich erscheine, ohne daß die Zuverlässigkeit der Arbeitnehmer und ihr Arbeitswille darunter leide. — Längere Zeit wurde dann über die Arbeitszeitfrage nichts mehr bekannt, bis am 25. Oktober 1932 im Reichsfinanzministerium eine Besprechung des Ressort-Tarifausschusses für Arbeiterfragen in den Reichsbetrieben stattfand, bei der man sich mit mehreren Verschlechterungsanträgen zum Tarifvertrag der Reichsarbeiter befaßt hat. Bei dieser Gelegenheit stand wieder die Frage der Herabsetzung der Wochenarbeitszeit unter 48 Stunden auf der Tagesordnung. Die Angelegenheit wurde aber wiederum zurückgestellt und beschlossen, nunmehr Erhebungen vorzunehmen über die Herabsetzung der Wochenarbeitszeit für Angestellte und Arbeiter zum Zwecke der Mehreinrichtung von Arbeitnehmern. Ein dementsprechendes Schreiben ist am 17. No-

vember vom Reichsminister der Finanzen an die nachgeordneten Dienststellen gerichtet worden und dieses Schreiben war Anlaß zu den eingangs erwähnten Pressenotizen. Unterdessen soll auch ein weiteres Schreiben vom Reichsarbeitsminister herausgegangen sein. Durch die Beunruhigung, die daraufhin unter den Belegschaften entstanden ist, hat nun unter dem 2. Dezember 1932 der Finanzminister an die vertragsschließenden Angestelltenorganisationen folgendes Schreiben — P 2001 — 9166 1B — gerichtet:

Braunkohle im Kraftwert

Was einst im Licht gestanden
Das soll zu Licht und Kraft
Schwungvolle Rieder erstehen.
Soll'n durch die erstandenen
Wälder wehn.

Einst Sumpfpfhyphen,
In Dampf und Sonne.
Schillernde Falter
Schwebten in Wonne.

Und Saurierleiber
Lagen in Kampf.
Urwaldsauna:
In Sonne und Dampf.

Die braune Kohle
Muß auferstehn:
Noch einmal den Weg
Der Umwandlung gehn.

Das Lied der Turbinen,
Estrahlende Nacht:
Häuberer Mensch
Hat das Wunder vollbracht!

» of Dortm

„Die durch den abschriftlich anliegenden Erlaß angeordnete Erhebung über die Möglichkeit einer Arbeitsstreckung zum Zwecke der Entlastung des Arbeitsmarktes hat insbesondere in Angestelltenkreisen erhebliche Beunruhigung ausgelöst. Zu dieser Unruhe besteht kein Anlaß, da die Erhebung als Ziel lediglich die objektive Feststellung der Grenzen der oben bezeichneten Möglichkeit hat, wie insbesondere auch aus Buchstabe c des Erhebungsauftrages hervorgeht. Ich beabsichtige nicht, dem Reichskabinett eine Streckung der Arbeitszeit der Angestellten zum Zwecke der Neueinstellung von Angestellten vorzuschlagen.“

„Rund um die Arbeitszeit in den Reichs- und Staatsbetrieben“ könnte man dieses Spiel, das sich hier zwischen Arbeits- und Finanzministerium seit einer Reihe von Monaten abspielt, nennen. — Und nun unsere Stellungnahme zu diesen Vorgängen. Wir sind nach wie vor aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen und um der furchtbaren Arbeitslosigkeit in Deutschland endlich energisch zu Leibe zu gehen, für die sofortige gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, gleichviel ob sie beim Reich, Staat, der Gemeinde oder in der Privatindustrie tätig sind. — Nachdem aber die Arbeitnehmer in den letzten Jahren durch die ungeheuren Lohnkürzungen in ihrer wirtschaftlichen Existenzmöglichkeit auf eine geradezu erbärmlich trostlose Lage herabgedrückt worden sind, ist die Einführung

des großen amerikanischen Schriftstellers Jack London. In diesen Alaska-Geschichten ringen die Menschen mit der feindlichen Natur dieses ewig mit Eis bedeckten Landes und mit ihresgleichen. Nur der Starke bleibt Sieger.

4. Ein moderner Gewerkschaftsroman, der die Probleme der Arbeiterbewegung zum Gegenstand hat, der sich mit all den Fragen wie Spaltungstendenzen der Arbeiterklasse, Gründungen einer RGO., Betriebspionage und Rußlanddelegationen befaßt, ist Karl Schröders „Klasse im Kampf“. Dem Leser wird bei der Lektüre dieses Romans klar, wie stark die gesellschaftlichen Bindungen des einzelnen Menschen sind, wie sehr das Schicksal des einzelnen durch das Schicksal der Klasse bestimmt wird. Alle Geschehnisse und alle Personen werden vom Standpunkt einer klaren soziologischen Betrachtung aus dargestellt und eingeordnet. Trotz aller kleinen und kleinlichen Dinge, die der Roman nicht verschweigt, wird doch das große Ziel der kämpfenden Arbeiterklasse sichtbar.

5. „Der weiße Magnet“, ein Buch von Ernst Züchner, beschäftigt sich mit den Polarfahrten der letzten fünf Jahrhunderte. Wir lesen in diesem Buch von den Anstrengungen der rivalisierenden Nationen, von dem Scheitern der meisten Expeditionen, von den heroischen Bemühungen so mancher Seeleute und Forscher. Bis schließlich Nanzen neue Wege findet und der wissenschaftlichen Erforschung des Nordpolgebietes Tür und Tor öffnet. Das Buch, das stellenweise die Forscher und Expeditionsleiter selbst sprechen läßt, schließt mit der Nobis-Tragödie und mit einem Ausblick auf die wieder in Vorbereitung begriffenen Expeditionen, unter Wasser und in der Luft zum Nordpol vorzustößen und diesem Gebiet die letzten Geheimnisse zu entreißen.

6. Ein Buch, besonders für größere Kinder zu empfehlen, ist André Demajons: „Die Komödie der Tiere“. Ein weißer Mann, der es überdrüssig ist, mit dem Gewehr in der Hand auf das Wild zu lauern, gibt den Tieren des Urwaldes ein Asprecht in seinem Hause. Allmählich werden die Tiere seine Freunde, die Löwen, der Marabu, die seltene Antilope, der Elefant und schließlich ein Affe, der sich besonders innig an seinen Herrn anschließt. Dieser wiederum erwidert die freundschaftlichen Gefühle so stark, daß es wegen der „Bevorzugung des Affen“ zu einem Konflikt

mit den schwarzen Eingeborenen kommt. Die Eingeborenen finden, daß der weiße Mann unrecht tut, wenn er einen Affen in Menschenkleider steckt, an seinem Tisch essen und in seinem Auto und Boot mitfahren läßt. Schließlich wissen die Schwarzen durch Drohungen und Sabotage ihren Willen durchzusetzen, und der Affe muß in den Urwald zurückgebracht werden, wo er zugrunde geht, weil seine Stammesgenossen sich von ihm zurückziehen und weil er in der Gesellschaft des Menschen viel von seinen natürlichen Kräften und Instinkten eingebüßt hat.

★

Der Bücherkreis hat an Neuerscheinungen der letzten Zeit zu verzeichnen:

1. „Herz in Flammen“, ein Frauenroman von Berta Selinger. Die Heldin des Romans, Bozena, die vor dem Kriege aus Deutschböhmen nach Deutschland kommt und dann in der sozialdemokratischen Frauenbewegung eine bedeutende Rolle spielt, ist gewissermaßen der Spiegel, in dem Kampf und Aufstieg der Arbeiterklasse in der ganzen Welt aufgefangen werden. Der Roman versucht den Arbeiterkampf zu umfassen in den Jahrzehnten des Vorkriegs, das Erwachen, das erste Aufstöhnen, den ersten leichten Sieg und dann den Zwang zum Zurückweichen unter dem Druck stärkerer Mächte. Bunt gewoben aus Heroismus und brennendem Leid, Jubel, Verrat und herrlicher Solidarität ist dieser Kampf. Von hier aus spannt sich der Bogen hinüber bis zu der graufigen Mitternacht des Weltkrieges, in dessen Blut die Zweite Internationale zerbrach. Arbeiter, Arbeiterintellektuelle, Deutsche, Russen, Engländer, Franzosen, der sozialistischen Idee verbunden bis in die tiefsten Wesenstiefen hinab, treten vor den Leser. Und das gibt der Autorin die zuversichtliche Hoffnung und Gewißheit, in der das Buch aller Zwietracht und Zerrissenheit der Gegenwart zum Trost ausklingt: Diese Welt wird doch eines Tages unser werden!

2. „Mensch unterm Hammer“ von Josef Lenhard. Ueber allen Menschen, die ums tägliche Brot kämpfen müssen, waltet ein Verhängnis, das sie zwingt, unbewußt einander zu zerfleischen. Sie müssen einander die Arbeit neiden, oft auch das schönere Weib, fast immer das bessere Aussehen, mit einem Wort alles,

der 40-Stunden-Woche nur noch möglich durch einen gleichzeitigen Lohnausgleich. Die Einführung der 40-Stunden-Woche ist außerdem nur möglich und von Erfolg, wenn gleichzeitig die Unternehmer einschließlich der Betriebsverwaltungen der öffentlichen Betriebe gezwungen werden, entsprechend der Herabsetzung der Arbeitszeit neue Arbeitskräfte einzustellen. Nach dieser Richtung hin haben wir sowohl beim Reich als leider auch beim preußischen Staat sehr frühe Erfahrungen gemacht. Es ist genau ein Jahr her, daß in Preußen eine Vereinbarung erreicht wurde, wonach überalterte Arbeitnehmer und Doppelverdiener aus den Betrieben zu verschwinden haben, geleitet von dem Gedanken,

daß für junge Arbeitskräfte einzustellen. Die Entlassungen sind prompt vorgenommen worden; eingestellt wurde aber höchstens ein Drittel für die zur Entlassung gekommenen Personen, so daß also der Zweck dieser Vereinbarung nicht erreicht worden ist, und die Gewerkschaften ein zweites Mal für solche zweifelhaften Experimente die Hand nicht bieten werden. — Das ist der Gewerkschaftsstandpunkt zur 40-Stunden-Woche, der auch jeweils in den Besprechungen vertreten wurde. Er ist klar und eindeutig, und wenn die Reichsregierung nicht von allen guten Geistern verlassen ist und ihr ernstlich daran liegt, die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu beheben, so gilt es auch für sie, neben vielen anderen nur diesen Weg zu beschreiten. — Die Unternehmer werden wir in diesem Kampf auf jeden Fall gegen uns haben, darum müssen wir diesen Kampf mit besonderer Energie führen. Mehr als einmal

haben wir in der Nachkriegszeit die Erfahrung machen müssen, daß in dieser Beziehung die Unternehmer uns auf Irrwege verwiesen haben. Wir erinnern nur an die ganz unnötige und absolut unberechtigte Hinaussetzung der Arbeitszeit auf 54 Stunden nach der Inflationsperiode. Auch damals wie heute haben die Unternehmer den Standpunkt vertreten, daß nur durch eine möglichst lange Arbeitszeit Deutschland gerettet werden könne. Das

Ergebnis dieser glorreichen Wirtschaftspolitik zeigt sich heute in den sechs Millionen Menschen, die täglich stempeln gehen und der Verzweiflung nahe sind. Hinein in die Gewerkschaften, damit es besser wird!
D. St.

REICHS- UND STAATSARBEITER

Kiel. In der gutbesuchten Versammlung der Reichs- und Staatsarbeiter am 25. November, an der auch viele Kollegen von Post und Telegraphie teilnahmen, referierte Kollege Stetter-Berlin über die wirtschaftliche und politische Lage und ihre Auswirkung auf die in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer. Besonders viel zu schaffen mache uns die Versorgungsanwärterfrage. Würde der Reichstag normal arbeiten, dann wäre es vielleicht möglich, über die Gesetzgebung etwas zu erreichen. Aus einem Schreiben des Reichsfinanzministeriums ist zu ersehen, daß man sich mit sozialen Verschlechterungen der Tarifverträge beschäftigen wird. Gelingt das dem Finanzministerium, dann ist eine Auswirkung für die Arbeitnehmer bei der Reichspost und den preußischen Staatsarbeitern sowie bei dem Klinikpersonal zu befürchten. Aus all diesen Gründen gilt es heute mehr denn je, der Organisation die Treue zu halten und zu werben, damit die Gewerkschaften die kommenden Kämpfe siegreich bestehen können. — Nach einer kurzen Ansprache, in der besonders Kollege Bendfeld auf

Werben!

Kollege, einmal Werber sein!
Einmal etwas vollbringen,
um einen Menschen ringen!
Mit der ganzen Kraft deiner innersten
Überzeugung
ihn entreißen der Launeit und Müdigkeit!

Einmal zur rechten Zeit
das rechte Wort sagen!
Einmal die Idee
von Mensch zu Mensch tragen!
Einmal heraus aus den Reihen der Masse
einen Einzelgang zu bestehen
und siegreich daraus hervorzugehen!
Allein Mut, Wille und Weg finden, allein!
Kollege, einmal Werber sein!

Tut, ein Wirker

die Verhältnisse bei der Reichspost einging und Kollege Reich die Verhältnisse in den Kliniken kurz schilderte, wurde der offizielle Teil der Versammlung geschlossen. Die Kollegen blieben dann noch einige Stunden bei Musik und Tanz gemühtlich beisammen.

was den anderen vorzugsweise von ihnen unterscheidet. Unter ihnen ist einer, der den sonderbaren Namen „Kilian Narr“ nicht ohne Grund führt, einer der Ärmsten, ein Tagelöhner, der nach einer erschütternden Jugend gegen das Verhängnis auf seine Art angehen will. Er läßt seinem brennenden Freiheitsdrang die Zügel schießen, überreitet Hindernisse, vor denen seine Kollegen zurückschrecken. Die Behandlung, die er seinen Gegnern angedeihen läßt, ist fast frivol nach landläufigen Begriffen, und manchmal ohne Achtung vor bestehenden Gesetzen. Ungeschminktes und wahrhaftiges Erleben zeigt dieses Buch. Die Hauptfigur steht im gigantischen Kampfe um die Nutznießung der Schönheiten und Wissensschätze der Erde. Aber es hilft ihm alles nichts; seine Offensive gegen das Schicksal stößt in leeren Raum. Muß ins Leere stoßen, solange es die Werkstätten nicht drängt, ihre eigenen Gesetze zu schaffen, einen eigenen Willen zum Ausdruck zu bringen und ihre eigene Erziehung selbst in die Hand zu nehmen.

3. „Die Roten Lanzen“, Roman von Arturo Usar-Pietri. Im Jahre 1931 ist in aller Welt das Andenken des großen Feldherren und Staatsmannes Simon Bolivar, des Befreiers von Südamerika, gefeiert worden. Sein großer Schatten ragt hinter dem Geschehen dieses Romans hervor. Die fesselnde Darstellung der geschichtlichen Vorgänge gewinnt dadurch erhöhtes Interesse, daß der Verfasser dieses Romans ein Urenkel eines namhaften Mitstreiters im Kampfe gegen die spanischen Unterdrücker Südamerikas ist. Denn der hannoversche General Johann von Usar, in den deutschen Befreiungskriegen Adjutant des Herzogs von Wellington, begab sich 1818 nach Venezuela, um an den dortigen Kämpfen teilzunehmen. In spannenden bunten Bildern zeigt Usar-Pietri die Landschaften Venezuelas und die verschiedenen Schichten des Volkes, zumal die Negerklaven und ihre Herren. Die ideellen Voraussetzungen und der Beginn der Aufstandsbewegung in geheimen Zusammenkünften, ihr weiterer Verlauf werden in wilden Kampfepisoden geschildert. Das ganze Geschehen ist in den farbigen und grausamen Zauber der Tropen getaucht. Das Buch ist mit feinsten Bildern aus dem tropischen Amerika geschmückt worden. Beachtlich sind ferner die Einführung und das literaturgeschichtliche Nachwort des Uebersetzers. Hier

wird zum ersten Male in deutscher Sprache eine Gesamtübersicht über das zeitgenössische dichterische Schaffen in Südamerika geboten.

4. „Drittel der Menschheit“ von Otto Mänchen-Helfen führt uns nach Ostasien. Dort lebt ein Drittel der Menschheit. China, Japan, Indonesien, vor hundert, ja noch vor fünfzig Jahren dem Europäer geheimnisvolle, ferne Wunderländer, sind uns heute so nahe gerückt, daß alles, was dort vorgeht, unser Leben ändert. Das Ringen um die Mandschurei geht weiter und droht, die Welt in Brand zu setzen. In China beherrschen die Sowjets Provinzen von der Größe Deutschlands. 60 Millionen Malaien erwachen zu nationalem Bewußtsein. In Japan kämpfen Mittelalter und moderne Gesellschaft auf Tod und Leben, vom Ausgang dieses Kampfes hängt der Friede der Welt ab. Mänchen-Helfens Buch kann sich nur darauf beschränken, das Wesentliche darzustellen: Den Kampf der Klassen in Wirtschaft und Politik. Nur so wird das vielgedeutete Geschehen wirklich verständlich. Hier werden sie in ihrer Vielfalt und in ihren Gegensätzen erfaßt. Zu der Beschreibung tritt überall die Erklärung. Es genügt nicht, festzustellen, daß die Eingeborenen auf Java in Bewegung gekommen sind. Es kommt darauf an, die Ursachen zu erkennen, warum macht der Kommunismus in China so große Fortschritte? Was suchen die Japaner in China? Weshalb herrschen im Japan der Truste noch immer die Ritter? Die Antwort gibt das vorliegende Buch.

Diese kurze Blütenlese der Literatur der „Büchergilde Gutenberg“ und des „Bücherkreis“ soll nicht nur eine Empfehlung guter Weihnachtsbücher sein, sondern auch zeigen, daß hier nur gute Bücher herausgegeben werden, und daß es sich für Freunde von guten Büchern empfiehlt, diesen Buchgemeinschaften als Mitglied beizutreten. Schon der eingangs erwähnte Preisunterschied der Bücher für Mitglieder und Nichtmitglieder empfiehlt das. Auskunft erteilt und die Bücher besorgt die Verlagsanstalt Courier des Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1/2.
G. R.

GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

Vom „nationalwirtschaftlichen Denken“

Der „Gartenbauwirtschaft“, dem Organ des gärtnerischen Arbeitgeberverbandes, ist unsere Feststellung in „Gewerkschaft“ Nr. 48 S. 847/48, daß die Handelspolitik der Papenschen „Konzentrationsregierung“ der Gärtnerei bisher nur böse Verschlimmerungen ihrer Wirtschaftslage, vor allem eine katastrophale Abdrösselung der Ausfuhr gärtnerischer Produkte gebracht hat, sehr unangenehm gewesen. Sie läßt sich darum von einem Herrn A. Dieze einen Leitartikel schreiben, der uns wohl eines Besseren belehren soll. Dieser Leitartikler, offenbar ein Dolmetscher in diesem Fach, packt seine Aufgabe nun so an, daß er dem „lendenlahmen Artikel“ der Gewerkschaft „irgendwelche großen sachlichen Gesichtspunkte“ abspriicht. Also — wenn den Dresdener Versandgärtnereien vom Ausland erteilte Aufträge auf Lieferung von Azaleen, Kamelien, Eriken usw. wieder zurückgezogen werden, so ist das weder ein „großer“, noch ein „sachlicher Gesichtspunkt“! — Solche Vorgänge beweisen nach Herrn Dieze lediglich, daß der Ausländer „100prozentig nationalwirtschaftlich denkt und handelt“. — Hier kann man wirklich mit Goethe sagen: „Du gleichst dem Geist, den Du begreifst.“ Vielleicht hat Herr Dieze es wirklich übersehen, daß die „nationalwirtschaftlich denkenden“ Ausländer die deutschen Waren schon bestellt und gekauft, also nicht so gedacht hatten, wie Herr D. annimmt. — Die Zurücknahme der Aufträge bedeutet nichts anderes als die Deregulierung von Maßnahmen, die unsere „nationalwirtschaftlich“ denkenden Männer in der grundsätzlich neuen deutschen Staatsführung dem Auslande gegenüber angekündigt hatten.

Herr Dieze, der selber die Dinge aufs politische Gleis zu schieben sucht, behauptet nun von uns, wir hätten lediglich vom „sozialdemokratischen Standpunkt zu den Forderungen des Reichsverbandes etwas schreiben müssen“. Es gehört zur Methode solcher Leute, die zur Sache selbst nichts zu sagen wissen, dem Gegner unsachliche politische Motive zu unterchieben. Da die Schriftleitung der „Gartenbauwirtschaft“ selber darauf hinweist, daß unsere Fachgruppe der Entschließung der Notgemeinschaft bezüglich der Kontingentierung gärtnerischer Produkte zugestimmt hat, so brauchen wir weiter nicht nachzuweisen, daß wir parteipolitisch nicht gebunden sind.

Uebrigens, wie es mit dem nationalwirtschaftlichen Denken im deutschen Gartenbau bestellt ist, das kann man auch in der „Gartenbauwirtschaft“ nachlesen, und zwar in Nr. 47 vom 21. November 1932 im Aufsatz „Kontingentierung — dringender als je!“ Da steht geschrieben:

„Die an der Beseitigung des Gartenbaues beteiligten deutschen Wirtschaftszweige müssen damit rechnen, daß der Gartenbau in steigendem Maße „Wie du mir, so ich dir“ dazu übergeht, die Bedarfsgüter aus dem Auslande zu beziehen, wo sie vielfach preiswerter erhältlich sind. Diese Einstellung, die im Gartenbau an Boden gewinnt und insbesondere in Kreisen vertreten wird, an deren nationaler Haltung kein Zweifel besteht, ist durchaus verständlich.“

Also, wenn sie davon einen privaten Nutzen haben, dann kaufen die guten deutschen Gartenbauern trotz ihres „nationalwirtschaftlichen Denkens“ und nationalsozialistischen Handelns treu und brav auch im Ausland! Das ist übrigens durchaus keine neuere Erkenntnis, sondern wird schon seit Jahrzehnten so geübt. Es sind nicht wenige Gärtnereibetriebe groß geworden beim Handeln mit Pflanzen, Blumen, Blumenzwiebeln usw., die sie aus dem Auslande beziehen. — Ja, Herr Dieze, Sie dürfen versichert sein, wir kennen sowohl das „Deutsche“ als auch das „Nationale“ im Charakterbild unserer Herren vom Gartenbau. Aber Ihre Angriffe treffen uns auch darum nicht, weil in dem genannten Artikel gar nicht gegen die Kontingentierung an sich geschrieben wurde, sondern es ist die Taktik der Uebertreibung und Ueberspizung der daran geknüpften Forderungen im RddG. kritisiert, die einer Dogelstraßpolitik gleich nur die allmählich völlig entschwindenden Vorteile einer Kontingentierung sehen will, aber nicht die katastrophal sich gestaltenden Nachteile im eigenen Berufe. Zum Beweise dessen, daß selbst in bedeutenden Kreisen der Landwirtschaft die gleiche Auffassung bereits Platz gegriffen hat, möchten wir einen Agrarpolitiker von Ruf und Format, den Reichsminister a. D. Schlangensöhningen anführen, der gewiß nicht in dem Verdacht steht, Sozialdemokrat zu sein. Der saß in seinem vor kurzem herausgegebenen Buche „Acker und Arbeit“ folgendes:

„In Deutschland würde die Autarkie in ganz kurzer Zeit zur absoluten Katastrophe führen für die gesamte Volkswirtschaft im Allgemeinen, für die Landwirtschaft aber im ganz besondern.

Auch wenn ich mich zu den Anschauungen der meisten führenden Berufsgenossen augenblicklich in Gegensatz bringe, spreche ich offen aus:

Es gibt überhaupt keinen Berufsstand in Deutschland, der die Autarkie so scharf ablehnen müßte und der ein solches Interesse an einem gesunden Industrieexport hat, wie die Landwirtschaft...

Was sollen die Zölle, wenn nichts mehr zu verzollen ist? Ja, was kann mit einer Kontingentierung erreicht werden, die vor etwa einem Jahre noch richtig gewesen wäre, die heute aber ebenfalls einen erheblichen Teil ihrer Wirkung verloren hat, da Art und Volumen dieser Einfuhr nicht mehr so entscheidend ins Gewicht fällt? Sie schafft eine Fülle internationaler Beunruhigungen, die man nur in Kauf nehmen kann, wenn sie als Ausgleich eine wirkliche Neubelebung der Binnenwirtschaft herbeiführen könnte — was sie jetzt nicht kann und nicht wird. So hat sich denn mehr und mehr das Agrarproblem zu einem Kaufkraftproblem zugesellt. In dem Augenblick, wo die Agrarproduktion Deutschlands den Inlandsbedarf deckt, wird die Frage einfach eine Absatzfrage und damit das Problem der sechs Millionen Arbeitslosen. Die wieder zum großen Teil in den Produktionsprozess einzufassen, die wieder lauffähig für höher qualifizierte Lebensmittel, für Fleisch und Brot und Butter zu machen, das ist das Problem des Bauern geworden, und zur Lösung dieses Problems wird ein starker Wiederaufbau des Exports sehr viel mehr beitragen, als eine Autarkie, die den Industrieexport so gut wie gänzlich unterbinden müßte.“

Wir sind überzeugt, der Leitartikler der „Gartenbauwirtschaft“ wird auch in den Darlegungen des Herrn Schlange keine „großen sachlichen Gesichtspunkte“ finden und ihm wird deshalb wohl auch nicht mehr zu helfen sein. Doch auf eine von ihm gestellte Frage wollen wir noch antworten. Er formuliert sie so: „Glaubt die Gewerkschaft aus „parteiischen Gründen“ es verantworten zu können, wenn nicht die Kontingentierung, aber der Zusammenbruch sehr vieler Betriebe und die Entlassung sehr vieler Beschäftigten kommt?“ Als Antwort auf diese Frage sagen wir: Uns sind sehr viele Betriebe bekannt, die vor dem Zusammenbruch stehen, weil ihnen infolge der deutsch, nationalen Außenpolitik das bisher sehr gute Auslandsgeschäft zertrümmert worden ist. Sollte die „Gartenbauwirtschaft“ wünschen, daß wir die betreffenden Firmen nennen, so kann das geschehen. Andeuten möchten wir heute schon, daß nicht nur Samenbaubetriebe und Baumschulen zu den Leidtragenden jener Politik gehören, die der RddG. mitmacht. — Weitere Entlassungen aus gärtnerischen Betrieben? Wir sehen kaum noch Gehilfen in den Gärtnereien, sondern fast nur noch Lehrlinge beschäftigt, und die werden gewiß entlassen, um wieder neuen sogenannten Lehrlingen Platz zu machen, ob die Kontingentierung kommt oder nicht. Diese Dinge haben aber nicht wir zu verantworten. Wir haben sie stets bekämpft, so wie wir gegen die systematische Zertrümmerung der Kaufkraft der deutschen Arbeiterschaft und gegen die politische Verheerung in nationaler und internationaler Beziehung angekämpft haben und weiter energisch ankämpfen werden. Diesen unseren Kampf mag man als politische Betätigung der Gewerkschaften auffassen. Das soll uns recht sein. Die solche Behauptungen aufstellen, kennzeichnen damit ihre eigene politische Gebundenheit.

RUNDSCHAU

Die Lehrlingsprüfung ein Aergernis. Dieser Ansicht ist der Dorfsitzende der Gruppe Blumengeschäftsinhaber in Danzig. Wie kam dem Herrn diese Erleuchtung? — Er berichtete: Schon im vorigen Jahre sei ein Austritt aus der Gruppe erfolgt, weil ein Lehrling die Prüfung nicht bestanden hatte. In diesem Jahre wieder ein Austritt, weil ein Lehrling bei der Prüfung nicht so abgeschnitten hatte, wie sein Lehrherr es erwartet hatte. Und darum, so sagt der Herr Dorfsitzende, wäre es das Beste, überhaupt keine Lehrlingsprüfungen mehr zu machen, sonst würde die Gruppe bald der Geschichte angehören. — Diese Begründung läßt einen Schluß über die recht traurige Verfassung der Danziger Gruppe des DDB. an sich zu. Aber zu ihrem Lobe kann gesagt werden, daß die Mitgliedschaft vernünftiger ist als ihr Dorfsitzender. In Anerkennung der gerechten Entscheidungen der Prüfungskommission beschloß sie, die Prüfungen weiter vorzunehmen, und zwar nach dem bisherigen System — Wir möchten diesen Herrn Dorfsitzenden mit seinem Aergernis erst sehen, wenn wir in Danzig soweit wären, die Prüfung der Lehrbetriebe durchzuführen! — Sein Rücktritt und Austritt, offenbar zum Vorteil der Sache, wäre dann wohl gewiß.

Der Kampf geht mit unverminderter Schärfe weiter!

Der Parteivorstand der SPD. richtet zum Regierungswechsel im Reich folgenden Aufruf an die Partei:

„Genossinnen und Genossen! Das Volk hat den Reichskanzler v. Papen gestürzt. Sein Name kennzeichnet für alle Zeiten eine Periode der schwärzesten politischen und sozialen Reaktion. Unter seiner Führung übernahm der deutschnationale Herrenklüngel die Macht in der Absicht, für den 9. November 1918 Revanche zu nehmen, alle Errungenschaften der Sozialdemokratie — Republik, gleiches Wahlrecht, demokratische Selbstverwaltung,

Carifrecht, Arbeitslosenversicherung — wieder junichte zu machen und die Arbeiterklasse wieder in die alte Hörigkeit zurückzuführen. Damit war auch der eigentliche Zweck enthüllt, zu dem die Sozialdemokratie von jedem Einfluß ausgeschaltet und wieder so rechtlos wie in der Kaiserzeit gemacht werden sollte: Es war die Gegenrevolution selbst, die ihren Tag gekommen sah und ihre Herrschaftsansprüche anmeldete.

Die Ära Papen wird in der Geschichte fortleben als eine Ära des Klassenkampfes von oben, des Massenelends und der politischen Unterdrückung. Hunderte von Menschen fanden in blutigen Auseinandersetzungen auf der Straße den Tod, Tausende wurden verwundet oder füllten die Gefängnisse und Zuchthäuser. Das Verjammlungsleben, die Presse unterlagen den schärfsten Bedrückungen. Den Höhepunkt erreichte dieses Wüten der Reaktion mit dem Ueberfall auf Preußen am 20. Juli, dem eine Massenmaßregelung republikanischer Beamter folgte. Unterdes wurden

durch Notverordnung die Sozialrenten gesenkt, die Löhne gedrückt, das Elend vermehrt, während die als Folge eines Milliardengeschenks an die Unternehmer angekündigte Belebung der Wirtschaft vollständig ausblieb.

Die Dinge waren so weit gediehen, daß jeder Schritt weiter auf dem betretenen Weg zur Katastrophe zu führen drohte. Da erfolgte unter dem Druck der allgemeinen Volksempörung der Rücktritt und die Verabschiedung des verantwortlichen Reichskanzlers. — Das Experiment der „autoritären Staatsführung“ führte zu einem Zusammenbruch. Herrliche Zeiten waren dem deutschen Volk versprochen, wenn es nur gelang, den Einfluß der Sozialdemokratie auszuschalten. Ein ungeheures Trümmerfeld ist das Ergebnis. Mit dem Sturze Papens ist die Reaktion noch nicht besiegt.

Der Kampf geht mit unverminderter Schärfe weiter gegen alle Schuldigen dieses furchtbaren Unheils. Die Nationalsozialistische Partei hat dem deutschnationalen Herrenklüngel den Weg zur Macht gebahnt. Hitler hat nicht nur die Bildung des ultrareaktionären Kabinetts Papen gebilligt, er hat sogar noch in seinem Brief an den Reichspräsidenten vom 23. November feierlich seine Bereitschaft erklärt, gemeinsam mit dem Großteil dieses reaktionären Kabinetts eine neue Regierung zu bilden. Jetzt beginnt er in steigenden Wahlverlusten die Früchte seines Verrats zu ernten. — Es wird für alle Zeit das geschichtliche Verdienst der Sozialdemokratie bleiben, den deutschen Faschismus so lange von der Macht ferngehalten zu haben, bis sein Abstieg in der Volksgunst begann. Dieser Abstieg wird kaum weniger schnell erfolgen, als sich der Aufstieg vollzogen hat. Das deutsche Volk lehnt mit wachsenden Mehrheiten eine Diktatur des Nationalsozialismus ab. Jeder Versuch, sie dennoch aufzurichten, würde mindestens zwei Drittel des Volkes zu einheitlicher Abwehr mit allen Mitteln vereinigen.

Zu den Schuldigen des Papen-Kurses gehört aber auch die Kommunistische Partei. Indem sie den Einfluß der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften systematisch unterminierte, schwächte sie die Arbeiterklasse und sie wurde zur Bundesgenossin der deutschnationalen Herrenkaste. Gemeinsam mit den Nationalsozialisten machte sie alle Parlamente arbeitsunfähig und begünstigte damit den Aufstieg einer arbeitfeindlichen Diktatur. Der von ihr mit allen Mitteln der Lüge und der Verleumdung geschürte Bruderkampf im sozialistischen Proletariat ist die tiefste Ursache für die Schwächung der Arbeiterklasse und den gefährlichen Machtzuwachs ihrer unerbittlichen Feinde.

An die Stelle des Kabinetts Papen ist ein Kabinettschleicher getreten, das nahezu ausschließlich aus Mitgliedern der alten Regierung besteht. Auch ihm wird die Sozialdemokratie nicht anders gegenüberstehen als in der allerschärfsten Opposition. Sie erblickt in ihm nicht nur die Fortsetzung des bisherigen Kurses, sondern auch die einseitige Vertretung jenes kapitalistischen Wirtschaftssystems, dessen Versagen mit jedem Tage offenkundiger geworden ist. Unser Kampf gilt nicht nur der

Wiedereroberung verlorener Positionen, der Wiedergutmachung begangener Unrechts, der Sicherung gefährdeter Volks- und Arbeiterrechte, er gilt auch der

Herstellung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, die jedem Arbeit und Brot sichert.

Genossinnen und Genossen! Für die Befreiung der Arbeiterklasse durch den Sozialismus steht die Partei unerschütterlich im Kampf! Den berechtigten Stolz auf ihre Vergangenheit vereinigt sie mit der Erkenntnis, daß veränderte Verhältnisse veränderte Kampfmethoden bedingen. Ihre Erfahrungen verpflichten sie zu verschärftem Mißtrauen gegenüber dem Klassengegner und zu verdoppelter Leidenschaft im Ringen für die heilige Sache des demokratischen Sozialismus. — Das Jahr 1932, das Jahr der Entscheidung, hat weder der feudalen noch der faschistischen Reaktion den Sieg gebracht. Beider Sterne sind im Sinken Euch, Genossinnen und Genossen, bleibt die große Aufgabe, Dorkämpfer und Lehrmeister des arbeitenden Volkes zu sein, und seinen Sieg vorzubereiten allen Widersachern zum Trost. — Es lebe die Sozialdemokratie! Freiheit!

UNSERE JUGEND

Reichswerbwoche der Gesamt-Verband-Jugend

Im Rahmen der vom Verbandsvorstand veranstalteten Werbeaktion vom Oktober 1932 bis März 1933 wird in der Zeit vom 22. bis 29. Januar 1933 eine Reichsjugendwerbwoche abgehalten.

In allen Ortsverwaltungen soll in der Woche vom 22. bis 29. Januar eine größere Jugend-Werbeveranstaltung durchgeführt werden.

Diese Veranstaltungen sind gut vorzubereiten, unsere Jugendkolleginnen und -kollegen müssen gemeinsam mit den Ortsvorständen jetzt schon durch eine erhöhte Agitation in den Betrieben und Berufsschulen sowie durch Hausagitation für den vollen Erfolg der Werbeweche sorgen. — Der Verbandsvorstand wird Anfang Januar für die Werbeweche ein besonderes Jugend-Mitteilungsblatt herausgeben. — Jugend-Kolleginnen! Jugend-Kollegen! Das Ziel der Werbeaktion ist

Verdoppelung der Jugendmitgliedschaft und Gründung von Verbandsjugendgruppen in allen Ortsverwaltungen.

Sorgt dafür, daß es in der Werbeweche erreicht wird!

Die Reichsjugendleitung. Fritz Kirsche.

BILDUNGSARBEIT

Das Kulturprogramm der Ortsverwaltung Leipzig des Gesamt-Verbandes für den Winter 1932/33 umfaßt einestheils die vielseitigen Veranstaltungen der Fachgruppen unserer Großgewerkschaft, andernteils aber auch die Gesamtveranstaltungen. Es sind allein 17 Vortragsabende vorgesehen, in denen den Mitgliedern Gelegenheit geboten wird, ihre Kenntnisse zu erweitern, ihre Weltanschauung zu festigen und ihren Tatwillen zu unterbauen. Für eine außerdem angelegte Vortragsreihe aus Politik und Gewerkschaftsbewegung sind namhafte Redner gewonnen. Es sprechen:

Breitheid über „Deutsche Innen- und Außenpolitik“,

Hoegner über „Die deutsche Justiz“,

Graßmann über „Gewerkschaftliche Zeitfragen“.

Die Auswahl auch der übrigen Vortragsredner läßt das Bestreben erkennen, den Sachkenner zu Wort kommen zu lassen. Bei vielen Vorträgen spielt das Lichtbild eine große Rolle. Dem Film wird bei der Kulturarbeit des Gesamt-Verbandes ein breiter Raum gewährt. Es sind vier Filmabende vorgesehen. Außerdem laufen bei sonst noch angelegten Veranstaltungen anerkannte Filme. Eine Neuerung sind die beiden erstmals vorgesehenen Confilmmorgenveranstaltungen im Capitol, die die beiden Spitzenfilme „Berlin — Alexanderplatz“ und „Der Weg ins Leben“ bringen werden. Neben der Erkenntnisbildung ist auch der Gesinnungsschulung Raum gegeben. Auch Kunst und Schönheit, Lust und Freude kommen nicht zu kurz. Sechs Feiernstunden und sonstige unterhaltende Veranstaltungen, zum Teil mit Filmen der einzelnen Fachgruppen lassen dies erkennen. Zum Abschluß der diesmaligen Winterkulturarbeit ist eine Feiertunde in der Alberthalle mit wertvollen künstlerischen Darbietungen vorgesehen, in der Paul Löbe sprechen wird. Dieses Kulturprogramm zeigt den Willen zur Aufbauarbeit im Sinne des sozialistischen Gedankens, dem der Erfolg nicht verlagert sein möge.

Aus unserer Bewegung

Der Bezirkskonferenz im Freistaat Sachsen am 4. Dezember 1932 berichtete Kollege Kurpat über die durchdringbaren Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf dem Freistaat Sachsen. Von einer Ankurbelung der Wirtschaft sei besonders in Sachsen nichts zu spüren. Die Bezirksleitung bemühte sich, durch Förderung der Werbe- und Bildungsarbeit die Reihen des Gesamt-Verbandes in Sachsen so zu stärken, daß allen kommenden Kämpfen mit der Gewißheit auf Erfolg begegnet werden könne. Kollege Kurpat erläuterte im einzelnen den Arbeitsplan der Bezirksleitung und die Bemühungen, das Versammlungsleben in allen Ortsverwaltungen des Gesamt-Verbandes zu heben. Besonders wies er auch auf die Bedeutung unseres Kampfs um die Erhaltung der Regiebetriebe und auf die aus dem Ergebnis der Gemeindevahlen vom 13. November entstehenden Aufgaben hin. Kollege Naumburger zeigte, welche Schwierigkeiten angesichts der finanziellen Notlage aller öffentlichen Körperschaften bei der Wahrnehmung der Interessen unserer Mitglieder entstehen. Kollege Hauke gab den Kassierern der Ortsverwaltungen Richtlinien für erfolgreiche Durchführung ihrer Arbeit. Insbesondere legte er allen Ortsverwaltungen sparsame Wirtschaft ans Herz, damit Unterstufungen, wie bisher, gewährleistet seien und die Organisation auch von der finanziellen Seite her allen Gefahren begegnen könne. — Nach kurzer Diskussion berichtete Kollege Schulz, Berlin, über die Tagung des Verbandsbeirats. Nach kurzer Aussprache darüber konnte Kollege Kurpat feststellen, daß die auf der Bezirkskonferenz vertretenen Delegierten willens sind, ab 1. Januar 1933 für Durchführung der neuen Satzungen allerorts einzutreten und zur Stärkung der Organisation alle Hebel anzusetzen. — In den Verbandsbeirat wurden als aktive Mitglieder gewählt: Kollege Rudolph, Dresden, für die öffentlichen Betriebe, Kollege Gluch, Dresden, für die Handelsbetriebe und Kollege Hartig, Plauen, für die Kraftfahrbetriebe. Als Ersatzleute fungieren: Genßsch, Meerane, für öffentliche Betriebe, Bäger, Chemnitz, für Handelsbetriebe und Wehle, Bautzen, für die Reichspost. Von einer Neuwahl des Bezirksvorstandes wurde Abstand genommen. Für den ausscheidenden Kollegen Eckert, Leipzig, wurde einstimmig Kollege Wilke, Leipzig, gewählt. Die Bezirkskonferenz beauftragte sodann den Vorschlag des Bezirksvorstandes zur Wahl der Landestarifkommissionen Gemeindegewerkschaften und Straßenbahn. Danach erhalten in der Landestarifkommission Gemeindegewerkschaften Dresden, Dreyag Dresden, Leipzig, Chemnitz, Bautzen, Zwickau, Plauen, Reichenbach und Annaberg je einen Vertreter, in der Landestarifkommission Straßenbahn Leipzig und Dresden je zwei Vertreter, Chemnitz und Zwickau je einen Vertreter. Die Wahl der Mitglieder zu den Reichstarifkommissionen wurde den Landestarifkommissionen vorbehalten.

Die Bezirkskonferenz beschäftigte sich sodann mit den Bestrebungen zur Bildung von Ortsgruppenverwaltungen, und stimmt folgendem Beschluß des Bezirksvorstandes zu:

„Der Bezirksvorstand beauftragt die Bezirksleitung, die seit der Verschmelzung in Aussicht genommene Bildung einer Ortsgruppenverwaltung für das obere Vogtland mit dem Sitz in Plauen endgültig zur Durchführung zu bringen. Weiterhin wird die Bezirksleitung beauftragt, den noch offenen Anschluß einiger Ortsverwaltungen an größere Ortsgruppen durchzuführen.“

Kollege Schulz, Berlin, berichtete dann über den Verkehrsstreik in Berlin und rechnete unter wiederholten Beifallskundgebungen der Konferenz mit den Methoden der RGO. und der KPD ab.

Kollege Kurpat schilderte die Bemühungen der Bezirksleitung zur Beseitigung von Härtefällen in der Ruhelohnerverföhrung der Gemeindegewerkschaften und ersuchte die Ortsverwaltungen für Material Sorge zu tragen. — Die Kollegen Sängerklaub und Preißler verabschiedeten sich von den Funktionären des Gesamt-Verbandes mit einer ersten Mahnung zur Einigkeit und zur Einsetzung aller Kräfte für die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse.

Kollege Kurpat widmete dem aus dem Bezirksvorstand ausscheidenden Kollegen Eckert einige Abschiedsworte, stellte abschließend fest, daß ein Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise nur durch internationalen Gemeinschaftskampf aller Arbeitnehmer gefunden werden könne und schloß die Konferenz mit einem Appell zu einigem Zusammenstehen und einem dreifachen Hoch auf die gesamte Arbeiterbewegung.

Leipzig. In der Generalversammlung am 29. November 1932 gab Kollege Heinrich Reder den Geschäftsbericht über das 3. Quartal. Die Mitgliederbewegung hat gegenüber dem 2. Quartal leider einen Rückgang von 2,8 Proz. zu verzeichnen, so daß am Ende des 3. Quartals 18 218 Mitglieder festgestellt wurden. Die agitatorische und geschäftliche Tätigkeit in der gleichen Zeit war trotz Beeinflussung der politischen Geschehnisse rege. Beim Schlichtungsausschuß, beim Arbeits- und Mietgericht, sowie bei anderen Behörden wurden die Mitglieder in 133 Fällen vertreten. Die Arbeitsmarktlage hat sich in der Berichtszeit für den Organisationsbereich trotz Ankurbelung der Wirtschaft verschlechtert. Wenn im 2. Quartal 8366 Arbeitslose ermittelt wurden, waren es im 3. Quartal 11 461. Die Vermittlung für fest war gering, während die Vermittlung zur Ausschilfe befriedigend war. Zur Erhaltung der Mantel- und Lohnsätze wurden 12 Bewegungen geführt. Nachdem die Delegierten das Andenken von 50 verstorbenen Verbandsmitgliedern geehrt haben, erstattete Kollege Kunze, den Kassenericht. Den Gesamteinnahmen inklusive Kassenvortrag vom 2. Quartal von 348 537,12 Mk. steht eine Ausgabe von 61 663,11 Mk. gegenüber. An die Hauptkasse wurden in bar und Belegen 80 026,50 Mk. abgeführt, so daß am Schluß des 3. Quartals ein Ortskassenvermögen von 202 847,51 Mk. vorhanden ist. An Unterstufungen für die Mitglieder wurden im 3. Quartal 47 685,80 Mk. ausgezahlt. Kollege Biach berichtete dann über die Beiratsitzung. Die Generalversammlung nahm ohne Widerspruch die einstimmig gefassten Beschlüsse des Beirats entgegen. Der Schluß der Generalversammlung wurde für die Delegierten zu einer Feierstunde. Kollege Biach, als Bevollmächtigter der Ortsverwaltung, verabschiedete mit herzlichsten Worten drei Mitarbeiter, welche nach jahrzehntelanger Tätigkeit in den Ruhestand treten. Neben dem bisherigen Bevollmächtigten, Kollegen Heinrich Reder, sind es der Hauptkassierer Kollege Franz Kunze und der Expeditionsleiter, Kollege Karl Schäfer, welche mit dem 1. Dezember 1932 auf Grund ihres Alters ihre hauptamtliche Tätigkeit aufgeben. Kollege Fischer schloß im Auftrage der Delegierten und Mitglieder den Worten des Kollegen Biach an, worauf die Kollegen Reder und Kunze für die Abschiedsworte dankten.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Keine Annäherung an die Nazis! Der Bundesvorstand des ADGB. gibt folgende offizielle Erklärung ab:

„Seit längerer Zeit werden im Reich andauernd Gerüchte verbreitet, wonach zwischen Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Führern der Nationalsozialisten Verhandlungen mit dem Ziele gegenseitiger Annäherung geführt würden. Wir wiederholen nochmals, daß diese Gerüchte aus der Luft gegriffen und unwahr sind. Neuerdings wird sogar mit angeblich amtlichen Protokollen gearbeitet, die als Beweis für den „Massenberrat des ADGB.“ dienen sollen. Gestützt auf diese angeblichen „Protokolle“ ist am 2. Dezember d. J. in der Zeitung „Volkswille“ (Lenin-Bund) erneut behauptet worden, es hätten solche Verhandlungen stattgefunden. Wir erklären, daß diese angeblich amtlichen Protokolle mit ihrem ganzen Inhalt frei erfunden sind. Unser Rechtsbeistand ist mit den erforderlichen Schritten gegen die Verleumder und die Urheber beauftragt worden. Der unverkennbare Zweck aller dieser falschen Behauptungen und böswilligen Erfindungen ist, in der Arbeiterschaft Mißtrauen gegen ihre Führer zu wecken und Zwietracht in die Reihen der Arbeiterbewegung zu tragen.“

Jubiläumstagung des Tabakarbeiter-Verbandes. Eine der ältesten deutschen Gewerkschaften ist der Deutsche Tabakarbeiter-Verband. Er wurde am 22. November 1882 gegründet. Der Grundstein, den 4000 Tabakarbeiter vor 50 Jahren legten, ist zu einem festen Fundament geworden. Heute zählt der Verband 60 000 Mitglieder. Die 50 Jahre Geschichte sind angefüllt von Kämpfen und harter Arbeit. Die Erfolge sind nicht ausgeblieben. Der Verbandstag in Bremen war von einer Krise wie noch nie überschattet. Der Verbandsvorsitzende Husung berichtete von Betriebsstillegungen und ähnlichen Krisenerscheinungen. Darunter mußte naturgemäß auch die Organisation leiden. Der Bericht des Kassierers Krohn zeigte die Krisenwirkungen in Zahlen. Der Verband hat riesige Beträge für die Unterstufungen aufwenden müssen. Die Beitragsleistung wurde von der Krise stark beeinflusst. Es ist erfreulich, daß in der Aussprache die Tätigkeit des Vorstandes allgemein anerkannt wurde. Kollege Eggert vom ADGB. sprach über die Stellung der Gewerkschaften zur gegenwärtigen Lage. Im weiteren Verlauf der Tagung hielt Eggert ein Referat über die Lage der Weltwirtschaft. Eine Kürzung der Invalidenunterstützung fand nicht statt. Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Verbandes beschloß der Verbandstag einmalige Sonderunterstützungen aller Arbeitslosen und kranken Mitglieder. Der Verbandsvorstand wurde wiedergewählt. An die Stelle des wegen Alters ausscheidenden Verbandsvorsitzenden Schöne trat Ludwig Seipien (Hamburg).

Politische u. wirtschaftl. Wochenschau

Das Reichstagspräsidium setzt sich nach der Wahl am 6. Dezember wie folgt zusammen: Göring (NSDAP.) Präsident; Esser (Z.) 1. Vizepräsident; Rauch (Bayr. Vp.) 2. Vizepräsident; Löbe (SPD.) 3. Vizepräsident.

Der Reichstag hat am 9. Dezember mit 404 Stimmen gegen 127 der Kommunisten und Deutschnationalen beschlossen, daß als Stellvertreter des Reichspräsidenten jeweils der Reichsgerichtspräsident zu fungieren hat — Mit 395 gegen 144 Stimmen wurde eine Amnestie für politische Vergehen beschlossen, nach der Strafen bis zu fünf Jahren Gefängnis in Wegfall kommen, darüber hinaus auf die Hälfte ermäßigt und Zuchthausstrafen in Gefängnis umgewandelt werden. — Ein Gesetzentwurf auf Aufhebung des Zweiten Teils der Sozialpolitischen Maßnahmen der Notverordnung vom 4. September wurde mit allen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen. Mit 295 gegen 206 Stimmen wurde ein Antrag auf besondere Winterhilfe für die Erwerbslosen dem Haushaltsausschuß übermiesen.

Der Nationalsozialist Straßer, der immer als kommender Ministerpräsident von Preußen seitens der NSDAP. betrachtet wurde, ist von Hitler in einen dreiwöchigen Zwangsurlaub geschickt worden. Grund dazu gaben Differenzen zwischen Hitler, Straßer, Frick, Goebbels und Göring.

Die Zahl der Arbeitslosen ist in der Zeit vom 15. November bis zum 30. November von 5 260 000 auf 5 350 000 gestiegen.

Die Lübecker Bürgerschaft wählte am 6. Dezember den Nationalsozialisten Bannemann zum Präsidenten. Löwig (SPD.), der bisherige Erste Bürgermeister, wurde am 10. Dezember wiedergewählt.

SCHRIFTEN UND BÜCHER

(Besprechung vorbehalten)

Die Notiz-Kalender des Gesamt-Verbandes.

Nicht weniger als sechs verschiedene Notiz-Kalender hat unser Gesamt-Verband für das Jahr 1933 herausgebracht. Da ist der allgemeine Notiz-Kalender. Er enthält: eine Karte des Deutschen Reichs, Personalien, Kalendarium 1932 und 1934, Monatskalendarium 1933, Immerwährender Kalender, Notizkalender für jeden Tag des Jahres 1933, Merkblatt, Wirtschaftsbuch des Arbeitnehmers, Zum Neuen Jahr!, Ein Rückblick, Unsere Presse 1932/1933, Der Internationale Gewerkschaftsbund, Internationale des Personals der Post-, Telegraphen- und Telephonbetriebe (IPTT.), Die Inter-

nationale des Personals öffentlicher Dienste, Die Rechtsverhältnisse der Dauerangestellten, Die Zusammensetzung der deutschen Parlamente, Erste Hilfe bei Unglücksfällen, Kürzeste Entfernungen im Autoverkehr, Flugreisezeiten, Entfernungen und Preise, Absolute und technische Maßeinheiten, Die Energievorräte der Welt, Nationalitätszeichen für Kraftwagen, Die einheitlichen Verkehrszeichen, Internationale Warnungszeichen, Verkehrstafeln nach Vorschlägen des Völkerbundes, Polizeiliche Kennzeichnung der Kraftfahrzeuge in Deutschland, Postgebühren.

Von diesem allgemeinen Kalender weichen durch Fortlassung einiger Artikel und Hinzufügung anderer teilweise die Spezial-Kalender ab. Da ist zunächst der Taschen-Kalender für Straßen- und Privatbahnen, der für diese Gruppen noch folgende besondere Artikel und Aufzeichnungen enthält: Die Verkehrsbetriebe in der Krise, Uebersicht über den Welteisenbahnverkehr seit 1929, Der Bahnpolizeibeamte, seine Befugnisse und Pflichten, Die Eisenbahnen der Erde, Tödliche Unfälle auf Verkehrsmitteln, Neues aus der Technik, Unsere Tarifkämpfe.

Im Feuerwehr-Taschenbuch finden wir folgende Spezialaufsätze usw.: Bau und Einrichtung von Waren- und Geschäftsbüasern, Das Dienststrafrecht für preußische Gemeindebeamte, Brandverhütungsschau, Gesichtspunkte für die Beschaffung von Handfeuerlöschern, Uebersicht über giftige Dämpfe, Gase, Nebel- und Kampfstoffe, Das pfändungsfreie Dienstestkommen, Aus der Rechtsprechung, Die Wasserbeschaffung an Brandstelle, Die Luftschamspritze, Ein- und Zweiwegatmung an Filtergeräten.

Der Allgemeine Deutsche Gärtner-Kalender enthält an Speziellem: Reichsfachgruppe Gärtnerei, Park und Friedhof 1931/1932, Entscheidungen im Arbeitsrecht der Gärtner, Die Gartenmeisterprüfung, Schädlingsbekämpfung im Obstbau, Ueblidie Breite der Wege und Straßen, Kostenvergleich von Mitteln zur Schädlingsbekämpfung, Nährstoffgehalt der Natur- und Handelsdünger. Ein Erdbeerversuch, Rentabilitätsvergleich verschiedener Boden-desinfektionsverfahren, Gemüseanbauversuche, Gemüsekulturtabelle für 1/2 Hektar, Staudenanalyse, Schöne Rosen, Rasensaam-Mischung, Bewährte Straßenbäume, Arbeitskalender.

Zum erstenmal erscheint der Landstraßenwärter-Notizkalender. Für diese Berufsgruppe bringt der neue Kalender folgende Besonderheiten: Aus der Bewegung der Landstraßenwärter, Die Landstraßen in Preußen, Die Vorbehandlung des Untergrundes bei Straßentbauten, Richtlinien über die Anlage von Radfahrwegen, Schädlingsbekämpfung im Obstbau, Ueblidie Breite der Wege und Straßen, Kostenvergleich von Mitteln zur Schädlingsbekämpfung, Nährstoffgehalt der Natur- und Handelsdünger, Arbeitskalender für Baumschulen, Obstbau, Gemüsebau, Literatur für Landstraßenwärter.

Der Luft- und Kraftfahrt-Kalender enthält unter anderem: Wie wurde ich Bordmonteur?, Unfallstatistik des Fluglinienverkehrs 1931, Kennzeichen der zivilen Luftfahrzeuge, Klasseneinteilung der deutschen Flugzeuge, Klassenzugehörigkeit deutscher Flugzeugmuster, Die Betriebsergebnisse des deutschen Luftverkehrs von 1919 bis 1930, Verzeichnis der deutschen Flughäfen, Flugreisezeiten, Entfernungen und Preise. Unsere Fakulta im Jahre 1931, Die „AHA“-Autohilfe G. m. b. H., Kilometer-tabelle für Autoverkehr, Kürzeste Kilometerentfernungen für Automobilverkehr, Genaue Geschwindigkeitsberechnung, Fahrordnung und Höchstgeschwindigkeit, Steuertarif für Kraftfahrzeuge, Nationalitätszeichen, Polizeiliche Kennzeichnung der Kraftfahrzeuge, Gebote für Kraftfahrer, Anschriften des Gesamt-Verbandes, Adressen ausländischer Bruderverbände.

Das Feuerwehr-Taschenbuch kostet 75 Pf., die anderen Kalender je 60 Pf. Bestellungen nehmen entgegen die Kassierer.

Schütze Deine Familie



durch eine **Herold-Versicherung**

Wir bieten:

- Begräbnis-Versicherung, Sterbegeld-Versicherung, Kinder-Versicherung, Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung
- Niedrige Prämien, keine Wartezeit
- keine ärztliche Untersuchung
- Bei Tod durch Unfall doppelte Versicherungssumme

Wir haben:

1 Million 660 000 Versicherte

Wir zahlen im Jahre 1931

über 8 Millionen Reichsmark für unsere Versicherten aus, und seit Anfang 1924 bis jetzt über **42 Millionen Reichsmark**

Vermögen 80 Millionen Reichsmark

Verlangen Sie kostenlose unverbindl. Auskunft. Geschäftsstellen in allen Stadtteilen Groß-Berlins und allen Städten Deutschlands

Deutscher Herold

Volks- und Lebensversicherungs-AG.

Berlin SW 48, Friedrichstr. 219-220

Empfehlenswerte Bücher

Gustav Frenssen

Der Pastor von Pogge

Eine dichterische Gestaltung unserer Zeit, statt 8— Mk., jetzt 2,85 Mk. in Ganzleinen.

Ein Kriegsbuch als Volksbuch

Renn: **Krieg**

statt bisher 6,— Mk jetzt 2,85 Mk.

Sämtliche angezeigten Bücher liefert die Verlagsanstalt „**COURIER**“ GmbH., BERLIN SO 16, Michaelkirchplatz 1

Die Gesundheit wiedererlangt

R. K. in E. schreibt: „Seit über 1 Jahr nehme ich Sil hoscalin-Tabletten gegen mein Lungenleiden und möchte Ihnen heute meinen Dank aussprechen. Sie haben mir mit Ihren Präparat meine Gesundheit wieder verschafft.“ — Durch das ärztlich empfohlene Silhoscalin kann die Hoffnung vieler Lungenkranker, Asthmatiker, Bronchitiker erfüllt werden. — Glas mit 80 Tabletten Mk. 2.70 in allen Apotheken, bestimmt: ROSENAPOTHEKE (122 München, Interessante Broschüre gratis.

Beachtet unsere Inserate

ALLES BILLIGER!
Westfalia Werkzeug Co.
Hagen 101, W.
Werkzeugliste gratis



Wieder jung u. verjüngt

frei von hohem deren Altersbeschwerden werden Sie bald sein, wenn Sie eine Kur mit unserem aus den wirksamsten bulgarischen Knoblauchwurzeln hergestellten Philippsburger Herbaro-

Knoblauchsaft

machen. Bei Arterienverhärtung, hohem Blutdruck, Blutandrang zum Kopf und Herz, Herzbeschwerden, Asthma, Säurethosen, Wechseljahrsbeschwerden, Darm-, Nagen- und Verdauungsstörungen; besonders Blähungen und Gärungen im Darm, Leber- und Gallenbeschwerden, Rheumatismus und allen Stoffwechsel-Störungen werden mit unserem bulgarischen Knoblauchsaft rasche und gute Erfolge erzielt. Es ist besonders ein nicht zu übertreffendes Carmeinigungsmittel. Nicht jeder Knoblauchsaft ist naturrein und aus bulgarischem Knoblauch hergestellt, deshalb die vielen Mißerfolge. Gebrauchen Sie deshalb nur Philippsburger Knoblauchsaft. Von fast allen Kunden erhalten wir freiwillige Dankbriefe und Nachbestellungen. Wenn in Apotheken und Drogerien nicht erhältlich, liefern wir direkt Flasche 1,60 RM, 3 Fl. 4,80 RM., 6 Fl. 9,— RM., Aufsendung mit 10 Fl. nur 14,50 RM., ab 3 Fl. franco Nachnahme. Wer Knoblauchsaft nicht gerne nimmt, nehme unsere nachstehenden geruchfreien Knoblauchpräparate: Knoblauch-Kapseln, Schachtel mit 50 Kapseln 2,50 RM.; Knoblauchpulver-Kapseln, Sch. mit 60 Kapseln 2,50 RM.; Knoblauch-Tabletten (mit einer Ueberzugsmasse versehen, bombonartige Knoblauchtableten), Schachtel mit 150 Stück 2,50 RM. Broschüre über Knoblauchpräparate und Pflanzenäfte gratis.

Herbario-Ärztlerparadies Philippburg G. m. b. H., Philippburg 305 (Sach.). Für alle anderen Krankheiten liefern wir ebenfalls Spezialmischungen. Verlangen Sie bitte kostenlose Broschüre.